



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 8/2020–2021

Inhalt	Seite
8. Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates: Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)	429

Inhaltsverzeichnis

8.	Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates: Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)	
I.	Das Wichtigste in Kürze	429
II.	Ausgangslage	431
	1. Das bisherige Wahlverfahren für den Grossen Rat	431
	2. Das Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019	431
	3. Der Auftrag des Grossen Rates	432
	4. Die kantonale Volksinitiative «Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug»	432
III.	Vernehmlassungsverfahren	433
	1. Konzept und Grundzüge	433
	1.1. Allgemeines	433
	1.2. Die favorisierten Wahlsystem-Modelle	434
	2. Ablauf	436
	2.1. Vorgehen und Rücklauf	436
	2.2. Ergebnis: Beurteilung der Modelle durch die Vernehmlassenden	437
	3. Schlussfolgerungen der Regierung	438
IV.	Revisionsvorlage	440
	1. Konzept und Grundzüge	440
	1.1. Grundsätzliches	440
	1.2. Rechtsetzungsstufe	444
	1.3. Einpassung in die bestehende Rechtsordnung	447
	1.4. Regelungsinhalte in der Übersicht	448
	2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	451
	2.1. Teilrevision Kantonsverfassung	451
	2.2. Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)	451
V.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	458
VI.	Gute Gesetzgebung	459
VII.	Inkrafttreten	459
		427

VIII. Grossratswahlen 2022	460
IX. Anträge	463

Anhänge

1. Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise gemäss Modell E
(Basis: Bilanz ständige schweizerische Wohnbevölkerung vom
31.12.2018)
2. Beispiel für Verteilung der Sitze auf Parteilisten nach dem Verfahren
Hagenbach/Bischoff

Erlasstexte

- Entwurf Teilrevision der Verfassung des Kantons Graubünden
(Art. 27 KV)
- Entwurf Gesetz über die Wahl des Grossen Rates inkl. Anhang 1
(Grossratswahlgesetz, GRWG)

Geltendes Recht

- Verfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003
(Kantonsverfassung, KV; BR 110.100)
- Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom
17. Juni 2005 (GPR; BR 150.100) im Auszug
- Gesetz über den Grossen Rat vom 8. Dezember 2005
(Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100)

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

8.

Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates: Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

Chur, den 24. August 2020

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend Botschaft und Antrag zur Anpassung des Wahlsystems des Grossen Rates: Teilrevision von Art. 27 der Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV) und Erlass eines Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG).

I. Das Wichtigste in Kürze

Aufgrund des Urteils des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019 hat der Kanton Graubünden das Verfahren für die Wahl des Grossen Rates auf die nächsten Erneuerungswahlen, die voraussichtlich am 15. Mai 2022 stattfinden, anzupassen. Das bisherige Mehrheitswahlverfahren (Majorz) in 39 Wahlkreisen ist teilweise verfassungswidrig. Der Wahlkreis Avers ist bevölkerungsmässig zu klein, die sechs bevölkerungsreichsten Wahlkreise Chur, Fünf Dörfer, Oberengadin, Rhäzüns, Davos und Ilanz sind für den Majorz zu gross. Das Bundesgericht hat drei Möglichkeiten für die Anpas-

sung des Wahlsystems explizit offen gelassen: ein Majorzwahlverfahren mit Anpassung der Wahlkreiseinteilung (Aufspaltung der zu grossen Wahlkreise in Einheiten mit weniger als 7000 Schweizer Wohnbevölkerung; Integration des Wahlkreises Avers in einen anderen Wahlkreis), ein Proporzwahlverfahren oder ein gemischtes System Majorz/Proporz unter teilweiser Anpassung der Wahlkreiseinteilung (Aufspaltung der für den Majorz zu grossen, aber für den Proporz zu kleinen Wahlkreise; Integration des Wahlkreises Avers in einen anderen Wahlkreis), mit Majorz für die kleineren und mit Proporz in den dafür genügend grossen Wahlkreisen.

In Reaktion auf das Bundesgerichtsurteil beauftragte der Grosse Rat die Regierung in der Dezembersession 2019, dem Grossen Rat eine Botschaft zur Anpassung des Wahlsystems zu unterbreiten. Dabei formulierte er die Vorgaben, welchen das künftige Wahlsystem zu genügen hat (Auftrag Claus betreffend Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat).

Die Regierung veranlasste daraufhin eine umfassende Auslegeordnung zu den für Graubünden möglichen Wahlsystem-Modellen und liess dazu auch ein externes Gutachten bei Prof. Dr. Andreas Glaser, Ordinarius an der Universität Zürich, einholen. Gestützt darauf gab die Regierung am 30. März 2020 einen Bericht in die dreimonatige Vernehmlassung, in dem neun Wahlsystem-Modelle vorgestellt und bewertet wurden. Davon erachtete die Regierung drei Wahlsystem-Modelle als grundsätzlich geeignet: Ein Majorz-System (Modell A), ein Doppelproporz-System (Modell C) und ein gemischtes Modell Majorz/Proporz (Modell E). Von diesen drei Modellen favorisierte die Regierung das Modell C, erklärte aber, auch eines der beiden anderen mittragen zu können, falls sich dafür entsprechende Mehrheiten ergeben sollten.

Die Teilnahme an der Vernehmlassung war sehr rege (135 Stellungnahmen). Es zeigte sich, dass das Modell A (Majorz) keine genügende Akzeptanz hat. Bezüglich der beiden anderen Modellen war das Ergebnis weniger eindeutig. Das Modell C erfuhr zahlenmässig starke Unterstützung. Drei Parteien, welche im Grossen Rat eine Mehrheit bilden, lehnen das Modell C hingegen ab und befürworten, zusammen mit einer Mehrheit der sich äussernden Gemeinden, das Modell E. Die Regierung anerkennt diese realpolitischen Gegebenheiten. Sie hatte bereits im Vernehmlassungsbericht ausgeführt, dass sie u. a. auch das Modell E mittragen könnte, wenn sich dafür eine genügend breite Akzeptanz findet. Die Regierung unterbreitet deshalb dem Grossen Rat eine Vorlage zur Umsetzung des Wahlsystem-Modells E (gemischtes System).

Vorgeschlagen werden dazu eine Teilrevision der Kantonsverfassung und der Erlass eines Grossratswahlgesetzes. Fremdänderungen erfahren das Grossratsgesetz (BR 170.100) und das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (BR 150.100). In der Verfassung wird das Wahlsystem

als Mischsystem im Grundsatz festgelegt, die näheren Einzelheiten werden auf Gesetzesstufe geregelt.

Im neuen Wahlsystem ist der Kanton in 43 Wahlkreise eingeteilt. Davon entsprechen 34 Wahlkreise den bisherigen Kreisen. Die Wahlkreise Ilanz, Rhäzüns, Oberengadin und Davos müssen in neun neue Wahlkreise aufgeteilt, der Kreis Avers in den Wahlkreis Rheinwald integriert werden. In 41 Wahlkreisen soll nach dem Majorzverfahren und in zwei Wahlkreisen (Chur, Fünf Dörfer) nach dem Proporzverfahren gewählt werden.

Die Ausgestaltung des Proporzverfahrens richtet sich in weiten Teilen nach dem Verfahren für die Nationalratswahlen. Auf Listenverbindungen soll jedoch wegen der besseren Transparenz für die Wählerschaft verzichtet werden.

Die Rechtsgrundlagen für das neue Wahlsystem sollen auf 1. Oktober 2021 in Kraft gesetzt werden, damit Behörden und Parteien genügend Zeit für die Vorbereitung der Wahlen verbleibt, die voraussichtlich im Mai 2022 stattfinden.

II. Ausgangslage

1. Das bisherige Wahlverfahren für den Grossen Rat

Die Verfassung des Kantons Graubünden (Kantonsverfassung, KV; BR 110.100) regelt die Zusammensetzung und die Wahl des Grossen Rates in den Grundzügen: Der Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach dem Mehrheitswahlverfahren (Majorz). Der Kanton ist in höchstens 39 Wahlkreise eingeteilt. Die Sitze für den Grossen Rat werden entsprechend der schweizerischen Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt. Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen ist im Anhang des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100) geregelt. Dieser listet 39 Wahlkreise auf und ordnet ihnen je eine bis elf Gemeinden zu. Die Verteilung der 120 Sitze auf die 39 Wahlkreise erfolgt nach dem Bruchzahlverfahren mit einer Sitzgarantie für jeden Wahlkreis (Art. 2 GRG). Die letzten Erneuerungswahlen im Jahr 2018 fanden entsprechend getrennt in 19 Einerwahlkreisen und in 20 Kreisen mit 2 bis 20 Sitzen statt.

2. Das Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juli 2019

Mit Urteil vom 29. Juli 2019, mitgeteilt am 20. August 2019, hat das Bundesgericht festgestellt, dass das derzeit im Kanton Graubünden für die Wahl des Grossen Rates geltende Majorzverfahren zum grossen Teil, aber nicht in

allen Belangen mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen vereinbar ist (BGE 145 I 259). Vor der Bundesverfassung nicht standhalten vermag nach dem Bundesgericht die Anwendung des Mehrheitsverfahrens im kleinsten Wahlkreis Avers (dies unter dem Aspekt der Stimmkraft-/Repräsentationsgleichheit) und in den sechs bevölkerungsreichsten Wahlkreisen Chur, Fünf Dörfer, Oberengadin, Rhäzüns, Davos und Ilanz (dies unter dem Aspekt der Erfolgswertgleichheit). Das Bundesgericht forderte die zuständigen Behörden des Kantons Graubünden im Sinne eines Appellentscheides auf, im Hinblick auf die nächsten Erneuerungswahlen des Grossen Rates (Wahltermin voraussichtlich am 15. Mai 2022) unter Beachtung der richterlichen Erwägungen eine verfassungskonforme Wahlordnung zu schaffen.

3. Der Auftrag des Grossen Rates

In der Dezembersession 2019 hat der Grosse Rat den in der Augustsession 2019 eingereichten Auftrag Claus betreffend Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat in einer auf Antrag der Regierung abgeänderten Fassung überwiesen. Danach wird die Regierung beauftragt, dem Grossen Rat eine Botschaft zur Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat zu unterbreiten. Das künftige Wahlsystem muss dabei stabil, transparent/nachvollziehbar, gerecht und rechtskonform sein. Es muss insbesondere die geografische (Talschaften), kulturelle, wirtschaftliche, sprachliche, gesellschaftliche und konfessionelle Vielfaltigkeit unseres Kantons berücksichtigen und garantieren, dass diese Vielfalt durch eine entsprechende Vertretung im Grossen Rat abgebildet wird (siehe GRP 1 I 2019/2020, S. 20 und GRP 3 I 2019/2020, S. 459 ff.).

4. Die kantonale Volksinitiative

«Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug»

Die am 12. September 2018 in der Form einer allgemeinen Anregung zur Verfassungsänderung eingereichte Volksinitiative «Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug» sollte ursprünglich in der Oktobersession 2019 behandelt werden, nachdem die Regierung am 18. Juni 2019 eine Botschaft verabschiedet hatte, in welcher sie dem Grossen Rat beantragte, die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen (siehe Botschaft Heft Nr. 5/2019–2020, S. 191 ff.). In der Folge beschloss die Präsidentenkonferenz des Grossen Rates in Übereinkunft mit dem Initiativkomitee die Behandlung der Botschaft bis auf Weiteres auszusetzen. Damit sollte Zeit und Raum geschaffen werden, um eine breit abgestützte Lösung bezüglich

Wahlsystem und Organisation des Grossen Rates zu finden (siehe Medienmitteilung der Präsidentenkonferenz auf <https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2019/Seiten/2019092604.aspx> und jene der SP Graubünden auf <https://sp-gr.ch/de/presse/>, beide vom 26. September 2019). In der Augustsession 2020 wird der Grosse Rat, auf Antrag der Präsidentenkonferenz und gestützt auf Art. 15 Abs. 1 KV, voraussichtlich die Frist für die Behandlung der Initiative um sechs Monate verlängern. Der Grosse Rat hätte dann bis 12. März 2021 Zeit, um die Initiative zu beraten. Sollte der Grosse Rat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ablehnen, käme es zu einer Volksabstimmung.

III. Vernehmlassungsverfahren

1. Konzept und Grundzüge

1.1. Allgemeines

Aufgrund des besagten Urteils des Bundesgerichts steht fest, dass die Erneuerungswahlen des Grossen Rates im Jahr 2022 nicht mehr nach dem bisherigen Wahlsystem erfolgen können. Das Wahlsystem muss angepasst werden, was eine Teilrevision der Kantonsverfassung mit obligatorischer Volksabstimmung und die Anpassung von Gesetzen erforderlich macht. Das Zeitfenster, um ein mit dem Bundesrecht konformes und politisch akzeptiertes Wahlsystem zu finden, ist äusserst knapp bemessen. Bis spätestens Ende 2021 sollten die Rechtsgrundlagen für das neue Wahlsystem in Kraft treten, damit eine ordnungsgemässe Durchführung der Wahlen 2022 gewährleistet ist.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung die Standeskanzlei mit einer gründlichen Analyse des Bundesgerichtsurteils und einer breiten Auslegung bezüglich geeigneter, verfassungskonformer Wahlsysteme beauftragt, um optimale Voraussetzungen für den politischen Diskurs zu schaffen. In Absprache mit der Regierung hat die Standeskanzlei zusätzlich noch eine externe Expertise bei Prof. Dr. iur. Andreas Glaser, Inhaber des Lehrstuhls für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich, eingeholt. Das Gutachten wurde am 11. Dezember 2019 erstattet. Die Erkenntnisse daraus bildeten eine wichtige Grundlage für den späteren Vernehmlassungsbericht.

Nach dem Urteil des Bundesgerichts zu Graubünden und aufgrund der früheren bundesgerichtlichen Rechtsprechung ergeben sich für die drei (Haupt-) Kategorien von Wahlsystemen die nachfolgenden rechtlichen Vorgaben, die bei der Bestimmung des neuen Wahlsystems für den Grossen Rat zu beachten sind:

Beim **Majorzwahlverfahren** sind nur Wahlkreise mit weniger als 7000 Schweizer Einwohnern/innen, in denen maximal 1 bis 5 Mandate zu vergeben sind, mit dem Bundesrecht vereinbar. Beim **Proporzwahlverfahren** ist das natürliche Quorum von 10 Prozent zu beachten, d.h. Wahlkreise haben mindestens 9 Sitze zu umfassen; bei kleineren Wahlkreisen muss die Mandatsverteilung auf die Parteien wahlkreisübergreifend in Wahlkreisverbänden (mit mindestens 9 Sitzen) oder nach dem Doppelproporz (auf Kantons-ebene oder in genügend grossen «Gebieten» [mit mindestens 9 Sitzen]) erfolgen. Bei **gemischten Wahlsystemen** gelten diese Voraussetzungen für die Majorz- und Proporzkomponente grundsätzlich auch, wobei für das Nebeneinander von Majorz- und Proporzelementen zudem vernünftige und nachvollziehbare Kriterien vorhanden sein müssen.

1.2. Die favorisierten Wahlsystem-Modelle

Auf Basis der breiten Auslegeordnung und des Gutachtens Glaser hat die Regierung für den Vernehmlassungsbericht eine Bewertung der grundsätzlich möglichen Wahlsysteme vorgenommen. Bewertungsmassstab bildeten die im Auftrag Claus vom Grossen Rat festgelegten Massgaben für ein künftiges Wahlsystem, nämlich:

- *Vereinbarkeit mit dem Bundesrecht (Bundesrechtskonformität)*
- *Berücksichtigung und Abbildung der geografischen (Talschaften), kulturellen, wirtschaftlichen, sprachlichen, gesellschaftlichen und konfessionellen Vielfalt Graubündens (Vielfalt)*
- *mittelfristige Stabilität angesichts der demographischen Veränderungen (Stabilität)*
- *Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Wahlergebnisse (Transparenz und Nachvollziehbarkeit)*

Die Regierung kam zum Erkenntnis, dass drei Wahlsystem-Modelle für Graubünden grundsätzlich geeignet sind, nämlich:

Majorzsystem (Modell A)

Modell A: Majorz wie bisher. Die für den Majorz zu grossen Wahlkreise Chur, Fünf Dörfer, Oberengadin, Rhäzüns, Davos und Ilanz sind aufzuspalten, die zu kleinen Wahlkreise Avers, evtl. Rheinwald und Belfort, zusammenzulegen.

Doppelproporz-System: Kanton/Wahlkreise (Kreise) (Modell C)

Modell C: Doppelter Pukelsheim: Proporz in den bisherigen 39 Kreisen mit Sitzverteilung anhand des kumulierten **kantonalen Wahlergebnisses**. Majorzbedingung und Sperrklausel möglich. (Variante: Regionen statt Kreise als Wahlkreise).

Gemischtes System: mit Majorz und Proporz in den Kreisen Chur und Fünf Dörfer (Modell E)

Modell E: Analog Modell A Majorz wie bisher, jedoch mit isoliertem Proporz in den Kreisen Chur und Fünf Dörfer. Die für den Majorz zu grossen, aber den Proporz zu kleinen Wahlkreise Oberengadin, Rhäzüns, Davos und Ilanz sind aufzuspalten, die generell zu kleinen Wahlkreise Avers, evtl. Rheinwald und Belfort, zusammenzulegen.

Die Regierung kam zum Schluss, dass sie die Modelle A (Majorzsystem) und E (Gemischtes System) mittragen könnte, falls sich für eines dieser Systeme eine genügend breite politische Akzeptanz finden würde. Sie hielt weiter fest, dass das Modell C (Doppelproporz-System) den gesetzten Massgaben am besten entspreche, aus folgenden Gründen:

- *Dieses System ist bundesrechtskonform. Das Risiko von möglichen weiteren rechtlichen Diskussionen oder gar von Rechtsverfahren ist gering. Die Gewährleistung durch die Bundesversammlung scheint garantiert.*
- *Dieses System berücksichtigt durch die Beibehaltung der bisherigen 39 Wahlkreise in hohem Masse die grosse Vielfalt des Kantons Graubünden und bildet diese weiterhin im Grossen Rat ab.*
- *Dieses System ermöglicht wegen der kantonsweiten Sitzverteilung auf die Parteien zudem eine genauere Abbildung der politischen Kräfteverhältnisse im Grossen Rat.*
- *Dieses System ist gegenüber demographischen Veränderungen langfristig stabil.*
- *Dieses System lässt es zu, die wegen möglichen gegenläufigen Sitzverteilungen eingeschränkte Transparenz und die Nachvollziehbarkeit der Wahlergebnisse zu verbessern, indem eine Majorzbedingung und eine kantonale Sperrklausel eingeführt werden. Mit einer Majorzbedingung kann sichergestellt werden, dass in jedem Wahlkreis die dort stimmenstärkste Partei mindestens einen Sitz erhält. Das ist insbesondere für die zurzeit 19 Einerwahlkreise eine wichtige Garantie. Mit einer Sperrklausel, die ein gesamtkantonales Quorum, d.h. einen bestimmten Stimmenanteil (bis max. 10 Prozent) vorsieht, den eine Partei gesamtkantonale erreichen muss, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden, kann*

einer Konzentration von Kleinstparteien im Parlament entgegengewirkt werden. Mit diesen beiden Vorkehrungen könnte der Übergang vom bisherigen Majorz- zum neuen Proporzsystem in einer den Besonderheiten des Kantons Graubünden angemessenen Weise ausgestaltet werden.

Die Regierung sah mit dem Modell C eine reelle Möglichkeit, eine lange politische Diskussion um das richtige Wahlsystem für den Grossen Rat zu beenden und stabile institutionelle Verhältnisse zu schaffen.

Näheres zu den geprüften Wahlsystem-Modellen sowie zu den Bewertungen und den damaligen Schlussfolgerungen der Regierung ist dem Vernehmlassungsbericht vom 17. März 2020 zu entnehmen.

2. Ablauf

2.1. Vorgehen und Rücklauf

Am 30. März 2020 gab die Standeskanzlei, nach vorangegangener Freigabe durch die Regierung, den Bericht zur Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat in die Vernehmlassung. Der Bericht enthielt eine breite Auslegeordnung der verschiedenen möglichen Wahlsystem-Modelle und eine ausführliche Bewertung der Wahlsysteme durch die Regierung. Die Beilagen zum Bericht enthielten u. a. Übersichten zu den möglichen Wahlsystem-Modellen und zum Anpassungsbedarf bei den Rechtsgrundlagen. Und mittels eines Fragebogens sollten gezielte Rückmeldungen zu den drei favorisierten Wahlsystem-Modellen eingeholt werden. Auch das Gutachten Glaser stand den Vernehmlassungsteilnehmenden zur Verfügung (siehe Vernehmlassungsunterlagen: <https://www.gr.ch/DE/publikationen/vernehmlassungen/staka/Seiten/2020-03-30-Anpassung-Wahlsystem-Grosser-Rat.aspx>).

Bis zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist (30. Juni 2020) sind insgesamt 135 Stellungnahmen eingegangen, was einer sehr hohen Beteiligung entspricht. Sie teilen sich wie folgt auf:

- 10 kantonale politische Parteien (inkl. Jungparteien)
- 13 regionale politische Parteien
- 8 Regionen
- 50 Gemeinden
- 16 kantonale Organisationen/Verbände
- 1 kantonales Gericht
- 2 kantonale Departemente
- 35 Übrige (u. a. Privatpersonen, regionale und lokale Organisationen/Vereine)

2.2. Ergebnis: Beurteilung der Modelle durch die Vernehmlassenden

Ein klares Ergebnis zeigt die Vernehmlassung bezüglich des Modells A (Majorzsystem). In erster Priorität wird es von keiner einzigen politischen Partei und lediglich von 2 Regionen, 13 Gemeinden und einem kantonalen Verband unterstützt. Dieses Modell hat selbst bei Majorzbefürwortenden kaum Akzeptanz gefunden, offensichtlich deshalb, weil es eine Aufspaltung der grossen Wahlkreise, und in diesem Zusammenhang namentlich der Stadt Chur und der Gemeinde Landquart, erfordern würde.

Weniger klar ist das Bild bezüglich der beiden anderen Modelle:

Das Modell C (Doppelproporz mit bisherigen Wahlkreisen) unterstützen in erster Priorität 6 kantonale Parteien (SP, Juso, Verda, GLP, SVP, Junge SVP), 10 regionale Parteien¹, 3 Regionen², 17 Gemeinden³, 16 kantonale Verbände, ein Departement und 34 übrige Vernehmlassende. Hervorzuheben ist, dass sich die Regionen Landquart und Maloja sowie die Stadt Chur und die Gemeinde Davos für das Modell C aussprechen, insbesondere, weil sie die bei den Modellen A und E erforderliche Aufspaltung ihres Gebiets in mehrere Wahlkreise bzw. das Nebeneinander von Majorz- und Proporz ablehnen.

Das Modell E (gemischtes Wahlsystem mit Majorz und Proporz in den Kreisen Chur und Fünf Dörfer) unterstützen in erster Priorität 3 kantonale Parteien (BDP, CVP, FDP) und 3 regionale Parteien⁴, 4 Regionen⁵, 25 Gemeinden⁶, ein kantonaler Verband und ein übriger Vernehmlassender.

Vereinzelt unterstützt oder zumindest als Kompromissmodell angesprochen wurde eine Variante des Modells C, nämlich der Doppelproporz mit den Regionen als Wahlkreisen. Andere Vernehmlassende hingegen lehnen die Regionen als Wahlkreise explizit ab.

Neue wesentliche Sachargumente für oder gegen eines der zur Auswahl vorgelegten Modelle haben sich aus der Vernehmlassung nicht ergeben.

¹ SVP Davos, SVP Domat/Ems, SVP Trimmis, SP Engadin'Ota/Bregaglia, SP Roveredo, Freie Liste Chur, Societad Glista Libra Samedan (SGL), SVP Chur, SP Mesocco, SVP Herrschaft/Fünf Dörfer.

² Bernina, Landquart, Maloja.

³ Avers, Bever, Brusio, Chur, Casti-Wergenstein, Davos, Domleschg, Ferrera, Stadt Fürstenau, Küblis, Masein, Maienfeld, Poschiavo, Rheinwald, Sils i. D., Trimmis, Zillis-Reischen.

⁴ FDP Oberengadin-Bregaglia, FDP St. Moritz, CVP Imboden.

⁵ Albula, Engiadina Bassa/Val Müstair, Moesa, Surselva.

⁶ Albula/Alvra, Arosa, Bergün Filisur, Bonaduz, Breil/Brigels, Buseno, Cama, Castaneda, Churwalden, Donat, Grono, Ilanz/Glion, Jenins, Landquart, Lantsch/Lenz, Lostallo, Mathon, Obersaxen/Mundaun, Samnaun, Scuol, Sufers, Surses, Tamins, Thusis, Val Müstair.

3. Schlussfolgerungen der Regierung

Bei diesem Vernehmlassungsergebnis ist für die Regierung klar, dass das Modell A (Majorzsystem) nicht mehr weiter zu verfolgen ist, weil es keine Akzeptanz hat.

Weiter muss festgestellt werden, dass das im Vernehmlassungsbericht von der Regierung als Kompromissmodell favorisierte Modell C (Doppelproporz) von drei Parteien abgelehnt wird, welche eine Mehrheit im Grossen Rat bilden. Diese sprechen sich stattdessen für das Modell E (gemischtes Wahlsystem) aus. Diese realpolitischen Gegebenheiten kann die Regierung nicht einfach ignorieren. Sie hatte bereits im Vernehmlassungsbericht ausgeführt, dass sie u.a. auch das Modell E mittragen könnte, wenn sich dafür eine genügend breite Akzeptanz findet (vgl. Vernehmlassungsbericht, S. 50). Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Zumal auch die Mehrheit der sich äussernden Regionen und Gemeinden das Modell E unterstützt. Die Regierung unterbreitet deshalb dem Grossen Rat eine Vorlage zur Umsetzung des Wahlsystem-Modells E.

Allerdings ist es der Regierung wichtig, auf einige Unwägbarkeiten hinzuweisen, die sich im Zusammenhang mit der Einführung des Modells E als neuem Wahlsystem ergeben könnten. Zunächst ist dabei die anhängige Volksinitiative «Für die Verkleinerung des Grossen Rats – 90 sind genug» zu erwähnen. Diese muss bis Mitte März 2021 im Grossen Rat behandelt werden. Würde die Initiative in einer folgenden Volksabstimmung angenommen, so könnte das Modell E eventuell nicht in der in vorliegender Botschaft präsentierten Form umgesetzt werden. Bei einer Verkleinerung auf 90 Sitze würde der Wahlkreis Fünf Dörfer nämlich möglicherweise zu klein für den Proporz, bliebe aber zu gross für den Majorz. Er müsste dann in mehrere Majorzwahlkreise aufgespalten werden, was namentlich bei der Gemeinde Landquart zu einer Aufteilung auf verschiedene Wahlkreise führen würde (Näheres siehe beim Modell A, Vernehmlassungsbericht, S. 14 ff.). Schwierigkeiten könnten sich bei einer Verkleinerung auf 90 Sitze beim Modell E aber auch unter dem Aspekt der Stimmkraftgleichheit (Repräsentanzgleichheit) ergeben. Die kleinen Wahlkreise Belfort, Bergün, Calanca und Safiental dürften diesfalls unter den vom Bundesgericht festgelegten Richtwert für die minimale Grösse eines Wahlkreises (= Hälfte der durchschnittlichen Repräsentationsziffer bzw. ersten Verteilungszahl) fallen. Diese Wahlkreise müssten mit anderen zusammengelegt werden. Die bisherige Sitzgarantie für diese Kreise würde dahinfallen. Rheinwald hingegen würde bei einer Fusion mit Avers noch über dem Richtwert liegen.

Eine weitere Unsicherheit könnte sich hinsichtlich der Bundesrechtskonformität des Modells E ergeben, namentlich zur Frage, ob Wahlkreise mit bis zu 5 Sitzen in einem gemischten Wahlsystem zulässig sind. Allerdings

hat das Bundesgericht selber in seinem Urteil vom 29. Juli 2019 das Mischsystem als Alternative ins Spiel gebracht (vgl. BGE 145 I 259 E. 8.5.3 S. 280). Und der beigezogene Gutachter kommt mit Hinweis auf den Entscheid des Bundesgerichts zu dem im Kanton Appenzell Ausserrhoden zum Einsatz gelangenden Mischsystem, das stark dem Modell E ähnelt, zum Schluss, dass vieles für die Vereinbarkeit des Modell E mit dem Bundesrecht spreche (vgl. Gutachten Glaser, S. 45). Auch die weitere bundesgerichtliche Vorgabe, dass das Nebeneinander von Majorz- und Proporzelementen auf vernünftigen Kriterien basieren und nachvollziehbar sein muss, erscheint mit dem Abstellen auf die Wahlkreisgrössen erfüllt. Das schliesst aber nicht aus, dass im Rahmen eines eventuellen Beschwerdeverfahrens vor dem Bundesgericht das konkrete Modell E höchststrichterlich überprüft würde. Auch nach erfolgreicher Volksabstimmung könnten also die rechtlichen Diskussionen ums Wahlsystem weitergehen.

Für Diskussionen könnte das Modell E auch beim Gewährleistungsverfahren vor der Bundesversammlung sorgen, das für Revisionen der Kantonsverfassung erforderlich ist (vgl. Art. 51 Abs. 2 und Art. 172 Abs. 2 Bundesverfassung; SR 101). Das hat jüngst der Fall des Kantons Uri gezeigt. Die Frage, ob im Rahmen eines Mischsystems für Wahlkreise mit bis zu 4 Sitzen der Majorz möglich sein kann, war heftig umstritten. Schliesslich hat die Bundesversammlung aber der entsprechenden Verfassungsrevision die Gewährleistung erteilt (vgl. Bundesblatt Nr. 26 vom 3. Juni 2020, BBl 2020 4671). Auch wenn über die Gewährleistung der Kantonsverfassungen mit der Bundesversammlung eine politische Behörde befindet, handelt es sich bei diesem Verfahren um ein Rechtsverfahren. Es darf deshalb erwartet werden, dass die Bundesversammlung die jüngste Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichts zu Appenzell Ausserrhoden und zum Kanton Graubünden berücksichtigt resp. respektiert und bei einem positiven Volksentscheid zum Modell E auch die entsprechende Verfassungsrevision gewährleistet.

Eine weitere Unwägbarkeit beim Modell E stellt schliesslich seine relative Instabilität hinsichtlich der demographischen Entwicklung dar. Bei starker Ab- oder Zunahme der schweizerischen Wohnbevölkerung könnten bestimmte Wahlkreise für den Majorz zu gross (7000 und mehr Schweizer Einwohner/innen) oder zu klein (Bevölkerungszahl unter dem Richtwert für die minimale Wahlkreisgrösse) werden. Es müssten dann Wahlkreise neu aufgespalten und andere zusammengelegt werden.

Der Regierung ist es wichtig, diese und allenfalls weitere mögliche Folgen (siehe dazu hinten unter Abschnitt «VIII. Grossratswahlen 2022») transparent aufzuzeigen.

IV. Revisionsvorlage

1. Konzept und Grundzüge

1.1. Grundsätzliches

Die von der Regierung vorgeschlagene konkrete Umsetzung des Modells E beschränkt sich auf das aufgrund des Bundesgerichtsurteils zwingend Notwendige. Das bestehende Wahlsystem soll nur soweit verändert werden, als es rechtlich erforderlich ist. Ausgehend von diesem Grundsatz wird folgende Ausgestaltung der Hauptelemente des Wahlsystems (Wahlkreiseinteilung, Verfahren der Sitzverteilung auf die Wahlkreise und Verfahren der Sitzverteilung auf die Listen [Parteien]) vorgeschlagen:

Wahlkreiseinteilung

Der bevölkerungsmässig deutlich zu kleine Wahlkreis Avers soll in den sprachlich-kulturell nahestehenden Wahlkreis Rheinwald integriert werden. Der Wahlkreis soll neu Rheinwald/Avers heissen. Das löst für den Wahlkreis Rheinwald, der heute bevölkerungsmässig ebenfalls leicht unter dem vom Bundesgericht festgelegten Richtwert (= Hälfte der durchschnittlichen Repräsentationsziffer bzw. erste Verteilungszahl) liegt, zugleich das Demographieproblem. Unangetastet bleiben soll hingegen der Wahlkreis Belfort; er ist vom Bundesgericht, vor allem mit Rücksicht auf die Historie, als verfassungsmässig angesehen worden, obwohl er bevölkerungsmässig auch leicht unter dem Richtwert liegt. Eine gänzlich neue Wahlkreiseinteilung im Gebiet Schams, Rheinwald und Avers, um den «Averser-Sitz» für dieses Gebiet zu retten, wie sie teilweise in der Vernehmlassung gefordert wurde, muss als verpönte «Gerrymandering»⁷ abgelehnt werden. Basis des Wahlsystems gemäss Modell E bildet die bisherige Wahlkreiseinteilung (historische Kreise), die nur dort verändert werden soll, wo es rechtlich zwingend notwendig ist.

Weiter sind die Wahlkreise Chur und Fünf Dörfer dem Proporz zuzuführen und die für diesen zu kleinen, aber für den Majorz zu grossen Wahlkreise Davos, Ilanz, Rhäzüns und Oberengadin in kleinere Wahlkreise aufzuteilen. Abzusehen ist hingegen von einer vorsorglichen Aufteilung des Wahlkreises Trins, der bevölkerungsmässig relativ knapp unter der für Majorzwahlkreise kritischen Grenze von 7000 Schweizer Einwohner/innen liegt.

Aus diesen Überlegungen resultiert folgende neue Wahlkreiseinteilung:

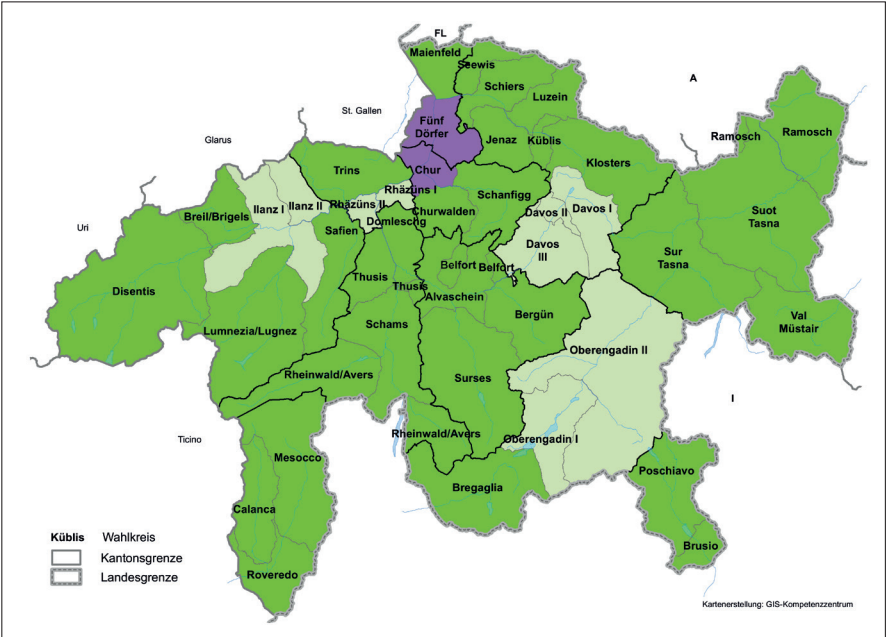
⁷ Ein politikwissenschaftlicher Begriff, der die Manipulation von Wahlkreisgrenzen in einem Mehrheitswahlsystem bezeichnet, um die eigenen Erfolgsaussichten zu maximieren.

Wahlkreis	Gemeinden/Teilgebiete
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Observaz
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten (GR)
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
<i>Breil/Brigels</i>	Breil/Brigels
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Santa Maria in Calanca
Chur	Chur ¹
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos I	Fraktion Dorf
Davos II	Fraktion Platz
Davos III	Fraktionen Glaris, Monstein, Wiesen
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils im Domleschg
Fünf Dörfer	Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz I	Ilanz/Glion, Obersaxen Mundaun
Ilanz II	Falera, Laax, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters im Prättigau, Küblis
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin I	Celerina/Schlarigna, Sils im Engadin/Segl, Silvaplana, St. Moritz
Oberengadin II	Bever, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, S-chanf, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns I	Domat/Ems
Rhäzüns II	Bonaduz, Rhäzüns
Rheinwald/Avers	Avers, Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo (GR), San Vittore
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon ² , Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa

Wahlkreis	Gemeinden/Teilgebiete
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis im Prättigau
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

- ¹ Fusion Chur/Haldenstein per 1.1.2021 bereits berücksichtigt.
² Auf 1.1.2021 Fusion der Gemeinden Casti-Wergenstein, Donat, Lohn und Mathon zur Gemeinde «Muntogna da Schons» geplant.

Die neue Wahlkreiseinteilung auf der Karte dargestellt:



Es ergeben sich somit neu total 43 Wahlkreise, wovon in zwei Wahlkreisen die Grossratsmitglieder nach dem Proporzverfahren gewählt werden, in den übrigen 41 Wahlkreisen nach dem Majorzverfahren.

Verfahren der Sitzverteilung auf die Wahlkreise

Das bisherige Sitzverteilungsverfahren, das sog. «Bruchzahlverfahren» (Methode «Hare/Niemeyer»; Wahlzahlverfahren), welches auch in den meisten Kantonen sowie im Bund verwendet wird, soll beibehalten werden. Eine Alternative wäre das Verfahren «Sainte-Laguë» (Divisorenmethode mit Standardrundung), welches die Kantone Zürich und Aargau verwenden. Im Ergebnis wären im Vergleich zu heute kaum wesentliche Verschiebungen zu erwarten. Der Wirkungsmechanismus des Verfahrens ist aber weniger transparent als jener des Bruchzahlverfahrens. Das bisherige Verfahren hat sich in Graubünden bewährt und wurde auch noch nie politisch in Frage gestellt. Ein Wechsel drängt sich deshalb nicht auf.

Verfahren der Sitzverteilung auf die Listen (Parteien) in den Proporzwahlkreisen

Vorgesehen ist die Statuierung des Verfahrens «Hagenbach/Bischoff», das zurzeit im Bund (Nationalratswahlen) und in elf Kantonen zum Einsatz gelangt. In der Lehre wird das Verfahren vereinzelt als verfassungswidrig kritisiert, weil es systematisch grössere Gruppierungen (und Listenverbindungen) bevorzuge (vgl. Anina Weber, Schweizerisches Wahlrecht und die Garantie der politischen Rechte, Schulthess juristische Medien AG, Zürich, Basel, Genf 2016, S. 184 f.). Als Alternative wird neben dem Verfahren «Pukelsheim» das Verfahren «Sainte-Laguë» (Divisorenmethode mit Standardrundung) empfohlen (Anina Weber, a.a.O., S. 196). Aufgrund seiner weiten Verbreitung und seiner Bekanntheit von den Nationalratswahlen her, aber auch wegen der einfacheren Nachvollziehbarkeit, soll für die Stimmenverrechnung das Verfahren «Hagenbach/Bischoff» festgelegt werden.

Von der Möglichkeit von *Listenverbindungen*⁸ soll vor allem aus Gründen der Transparenz abgesehen werden. Für die Wählenden ist es bei Listenverbindungen oft nicht bzw. nur schlecht erkennbar, wem genau ihre Stimme zukommt. Es kann so durchaus sein, dass sie mit ihrer Stimme einer anderen, nicht unbedingt ihrer politischen Orientierung entsprechenden Liste oder Person zu einem Sitz verhelfen. Auch kann allgemein die Komplexität des Verfahrens reduziert werden. Das Verfahren wird einfacher verständlich, nachvollziehbarer und besser vermittelbar. Ohne Listenverbindungsmöglichkeit dürfte auch die Anzahl der Listen und Kandidierenden geringer bleiben, was zu mehr Klarheit und Übersicht für die Wahlberechtigten führt.

⁸ Durch das Eingehen einer Listenverbindung werden die Stimmen verschiedener Gruppierungen (Parteien) für die Sitzverteilung zusammengezählt. Die verbundenen Listen gelten bei der Sitzverteilung als eine einzige Liste. Die Gesamtsumme ihrer Stimmenzahlen wird den übrigen Listen gegenübergestellt. Die von der Listenverbindung eroberten Sitze werden danach in einer zweiten Verteilung innerhalb der Verbindung an die einzelnen Partner verteilt.

Abgesehen werden soll weiter auch von der gesetzlichen Festlegung eines *Quorums*, d.h. eines Prozentsatzes an Parteistimmen, die erreicht werden muss, damit eine Liste/Partei an der Sitzverteilung teilnehmen kann. Das Bundesgericht hat dafür eine absolute bundesrechtliche Obergrenze von 10 % festgelegt. Vorliegend ist aufgrund der Grösse der beiden Wahlkreise und der relativ hohen natürlichen Quoren⁹ von 8.33 % (Wahlkreis Fünf Dörfer) bzw. von 4.45 % (Wahlkreis Chur) unter dem Aspekt der Verhinderung der Parteienzerrsplitterung kein spezieller Handlungsbedarf erkennbar. Zudem fehlt für ein solches Quorum offenbar auch die politische Akzeptanz. Von den kantonalen politischen Parteien haben sich in der Vernehmlassung nur gerade die FDP und die BDP für ein solches Quorum ausgesprochen, die übrigen acht Parteien lehnen ein Quorum ab.

1.2. Rechtsetzungsstufe

Zu entscheiden ist die Frage, auf welcher Rechtsetzungsstufe die wichtigen Regulierungen des Wahlsystems zu erlassen sind. Was soll in welchem Umfang und in welcher Detaillierung in der Verfassung, was auf Gesetzesstufe geregelt werden?

Heute sind gewisse Grundparameter des Wahlsystems in der Kantonsverfassung geregelt:

- *Art. 11 Abs. 1, Ziff. 1 KV* *Volkswahl Grossratsmitglieder und Stellvertreter*
- *Art. 21 Abs. 1 KV* *Wählbarkeit: Stimmberechtigte Kantons-einwohner*
- *Art. 23 KV* *Amts-dauer: 4 Jahre*
- *Art. 27 Abs. 1 KV* *Parlamentsgrösse (120 Mitglieder)*
- *Art. 27 Abs. 2 KV* *Stimmenverrechnung: Mehrheitswahl-verfahren*
- *Art. 27 Abs. 3 KV* *Wahlkreise: höchstens 39; Gesetz regelt Einteilung*
- *Art. 27 Abs. 4 KV* *Verteilung Sitze auf Wahlkreise: nach schweizerischer Wohnbevölkerung*

⁹ Als natürliches Quorum bezeichnet man den Prozentsatz der gültigen Stimmen, den eine Liste in einem bestimmten Wahlkreis erzielen muss, um bei der Mandatsverteilung mindestens ein Vollmandat zu erhalten. Das natürliche Quorum ergibt sich, indem die Zahl 100 durch die um eins vermehrte Zahl der in einem Wahlkreis zu vergebenden Mandate geteilt wird.

Andere wichtige Elemente des Wahlsystems sind auf Gesetzesstufe geregelt:

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100, mit Anhang)

- Art. 1 Abs. 1 GRG Schweizer Wohnbevölkerung nach eidg. Statistik Bevölkerungsstand, publiziert ein Jahr vor Wahlen
- Art. 1 Abs. 2 GRG Zuordnung Gemeinden an Wahlkreise im Anhang
- Art. 1 Abs. 3 GRG Regelung Wahlkreis bei Fusionen
- Art. 2 GRG Verteilungsverfahren: Bruchzahlverfahren
- Art. 3 GRG Bekanntgabe Sitzverteilung
- Art. 4 GRG Stellvertreterinnen und Stellvertreter
- Art. 5 GRG Wahlbeschwerden
- Art. 7 GRG Beginn der Amtsdauer
- Anhang 1: Zuordnung der Gemeinden zu den 39 Wahlkreisen

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100)

- Art. 1 Abs. 1 lit. a GPR Geltungsbereich
- Art. 2 Abs. 2 GPR Begriffe
- Art. 8 Abs. 1 GPR Abstimmungsort, -tag und -art
- Art. 15 Abs. 1 lit. a GPR Anordnung der Wahl
- Art. 16 Abs. 1 lit. a GPR Wahltermine
- Art. 20 lit. c GPR Bereitstellung (Wahlunterlagen)
- Art. 21 lit. c GPR Umfang (Wahlunterlagen)
- Art. 26 GPR Formen Stimmabgabe
- Art. 32 GPR Zu ermittelnde Werte
- Art. 33 GPR Leere Wahlzettel
- Art. 34 GPR Ungültige Wahlzettel
- Art. 35 GPR Ungültige Stimmen bei Wahlen
- Art. 36 Abs. 1 lit. c GPR Meldung der Ergebnisse
- Art. 36 Abs. 3 GPR Meldung der Ergebnisse
- Art. 39 GPR Erforderliches Mehr
- Art. 40 GPR Zweiter Wahlgang
- Art. 41 Abs. 1 lit. c GPR Losentscheid
- Art. 42 GPR Veröffentlichung (vorläufiges Ergebnis)
- Art. 43 GPR Nachzählung
- Art. 44 Abs. 2 GPR Konsolidiertes Ergebnis
- Art. 46 GPR Annahme der Wahl
- Art. 95 Abs. 3 GPR Beschwerde

Die Bündner Kantonsverfassung kennt keinen Verfassungsvorbehalt. Rechtlich besteht deshalb bezüglich der Frage, auf welcher Normstufe (Verfassung, Gesetz) die neuen Bestimmungen über das Wahlsystem erlassen werden sollen, ein grosser Spielraum. Der Vergleich mit anderen Kantonen ergibt diesbezüglich ein sehr unterschiedliches Bild mit ausführlichen oder weniger ausführlichen Regelungen auf Verfassungsstufe. Die Frage der Normstufe kann in folgenden Zusammenhängen Bedeutung erlangen:

- *Gewährleistungsverfahren durch Bundesversammlung (Art. 51 Abs. 2 und Art. 172 Abs. 2 BV)*
Regelungen auf Verfassungsstufe bedürfen der (deklaratorischen) Gewährleistung durch die Bundesversammlung. Eigenständige Regelungen auf Gesetzesstufe bleiben davon unberührt.
- *Beschwerdeverfahren vor Verfassungsgericht (Kanton) und vor Bundesgericht*
Regelungen auf Verfassungsstufe können vom Verwaltungsgericht nicht überprüft werden, sondern nur Gesetze und Verordnungen (Art. 55 Abs. 2 KV). Erschwert ist grundsätzlich auch die Anfechtung von gewährleisteten Verfassungsbestimmungen vor Bundesgericht. Gemäss langjähriger Praxis sieht dieses von einer abstrakten und grundsätzlich auch von einer inzidenten Kontrolle von Bestimmungen von Kantonsverfassungen ab. Im Anwendungsfall (inzident) überprüft es Bestimmungen einer Kantonsverfassung aber doch, wenn das übergeordnete Recht im Zeitpunkt der Gewährleistung noch nicht in Kraft war oder sich seither in einer Weise weiterentwickelt hat, der es Rechnung zu tragen gilt (BGE 142 I 99 E. 4.3.3 S. 117). Für die Überprüfung von kantonalen Regelungen auf Gesetzesstufe gibt es keine solchen Einschränkungen.
- *Mitwirkung der Stimmberechtigten (obligatorisches oder fakultatives Referendum)*
Verfassungsbestimmungen unterliegen dem obligatorischen Referendum, Gesetzesregelungen dem fakultativen Referendum (siehe Art. 16 Ziff. 1 und Art. 17 Abs. 1 Ziff. 1 KV).
- *Veränderung der Verhältnisse*
Das Wahlsystem gemäss Modell E ist hinsichtlich demographischer Veränderungen nicht stabil. Je nach Bevölkerungsentwicklung könnten Wahlkreise zu klein und unter dem Aspekt der Stimmkraftgleichheit problematisch werden, weil sie den vom Bundesgericht gesetzten Richtwert für eine minimale Wahlkreisgrösse im Majorz deutlich unterschreiten. Andere Wahlkreise hingegen könnten für den Majorz zu gross werden

(aber für den Proporz zu klein bleiben), weil sie die vom Bundesgericht unter dem Aspekt der Erfolgswertgleichheit für Majorzkreise bestimmte Bevölkerungsgrösse von weniger als 7000 Schweizer Einwohnern/innen überschreiten. In solchen Fällen bräuchte es dann jeweils vor Erneuerungswahlen relativ kurzfristig Anpassungen bei der Wahlkreiseinteilung.

Die Regierung erachtet insgesamt gesehen eine möglichst knappe Regelung auf Verfassungsstufe und detailliertere Regelungen auf Gesetzesstufe wegen den beim Modell E bestehenden hohen Flexibilitätsbedürfnissen als sachgerecht. Insbesondere soll auch die Wahlkreiseinteilung, d.h. die Anzahl der Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden, auf Gesetzesstufe geregelt werden. In der Verfassung soll eine entsprechende ausdrückliche Delegation an den Gesetzgeber vorgesehen werden. Näheres siehe auch unten im Abschnitt «1.4. Regelungsinhalte in der Übersicht».

1.3. Einpassung in die bestehende Rechtsordnung

Neben den notwendigen Regelungen auf Verfassungsstufe soll ein *neues Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)* erlassen werden. Bessere Auffindbarkeit und Übersichtlichkeit als bei einer Integration der einschlägigen Bestimmungen in das Gesetz über die politischen Rechte sprechen dafür. Das wird auch in anderen Kantonen teilweise so gehandhabt.

Inhalt des Grossratswahlgesetzes sollen einmal die erforderlichen Regelungen für das Proporzwahlverfahren in den Proporzkreisen bilden. Das Majorzverfahren hingegen ist grundsätzlich bereits im Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR) geregelt. Es findet auch auf weitere Majorzwahlen (Regierung, Ständeräte, Regionalgerichte) Anwendung. Es macht deshalb Sinn, dass diesbezüglich weitgehend auf das GPR verwiesen wird. Wegen der besseren Auffindbarkeit und des sachlichen Zusammenhangs sollen weiter auch die Regelungen über die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 und Art. 3 GRG), die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen (Art. 1 Abs. 2 und 3 GRG), die Stellvertretung (Art. 4 GRG) und über die Wahlbeschwerden (Art. 5 GRG), als wichtige Elemente eines Wahlsystems, aus dem Grossratsgesetz (GRG; BR 170.100) herausgenommen und in das neue Grossratswahlgesetz integriert werden.

Abzustimmen ist die vorliegende Vorlage weiter auf die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 12. Februar 2018, welche in Zusammenhang mit der Einführung von E-Voting

stand. Diese Teilrevision ist nach Ablauf der Referendumsfrist in Rechtskraft erwachsen (vgl. eKAB-Nr: 00.025.057 vom 31. Mai 2018). Da E-Voting-Versuche vom Bundesrat vorläufig ausgesetzt wurden, hat die Regierung die besagte Teilrevision noch nicht in Kraft gesetzt. Diese Teilrevision sieht unter anderem auch ein Anmeldeverfahren für Majorzwahlen auf allen Staatsebenen vor. Im Hinblick auf eine mögliche spätere Inkraftsetzung der «E-Voting-GPR-Revision» sind die neuen Regelungen zum Wahlsystem, namentlich das bei Proporzahlen erforderliche Anmeldeverfahren, kompatibel auszugestalten.

1.4. Regelungsinhalte in der Übersicht

Für die Umsetzung des Modells E sind nach dem Ausgeführten insbesondere nachfolgende Punkte zu regeln:

Auf Verfassungsstufe (Art. 27 KV)

- *Verfahren Sitzverteilung auf Listen (Stimmenverrechnungsverfahren):*
Die Wahl erfolgt nach dem Mehrheitswahlverfahren, in bevölkerungsreichen Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlverfahren. Das Nähere regelt das Gesetz.
- *Wahlkreise:*
Das Gesetz regelt die Einteilung des Kantons in Wahlkreise.
Aufgrund der beim Modell E wegen der demographischen Entwicklung erforderlichen Flexibilität bei der Wahlkreiseinteilung soll auf Verfassungsstufe, anders als heute (vgl. Art. 27 Abs. 3 KV), keine Höchstzahl an Wahlkreisen (mehr) vorgegeben werden. Die vorgesehene Kompetenzdelegation umfasst auch die Zuordnung der Gemeinden (oder von Teilgebieten) zu den Wahlkreisen, wie auch die Regelung bezüglich der Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die Anzahl der Wahlkreise. Eine spezifische Delegation bezüglich dieser beiden Punkte, wie heute in Art. 27 Abs. 3 Satz 2 KV noch vorgesehen, ist deshalb nicht mehr erforderlich.
- *Basis für Berechnung der Sitzverteilung auf die Wahlkreise:*
Die Basis für die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise wird heute in Art. 27 Abs. 4 KV festgelegt. Basis bildet danach die schweizerische Wohnbevölkerung. Daran soll nichts geändert werden. Diese Bestimmung bildet deshalb nicht Teil der Revision.

- *Stellvertretung:*
Der bestehende Art. 27 Abs. 5 KV sieht vor, dass der Gesetzgeber die Stellvertretung regelt. Diese Delegationsregelung kann beibehalten werden. Im gemischten Wahlsystem nach Modell E hat der Gesetzgeber sowohl für die Majorz- wie auch für die Proporzkreise eine Stellvertreter-/innen-Regelung vorzusehen. Diese Bestimmung bildet ebenfalls nicht Teil der Revision.

Auf Gesetzesstufe

a) Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

- *Allgemeine Bestimmungen (Art. 1–7 E-GRWG)*
 - Gegenstand und Geltungsbereich
 - Die Einteilung des Kantons in Wahlkreise (im Anhang)
 - Die Zuordnung der Gemeinden (oder von Teilgebieten) zu den Wahlkreisen (im Anhang)
 - Das Verfahren der Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise
 - Die Stellvertretung: in Majorzkreisen gesonderte Wahl, in Proporzkreisen temporäres Nachrutschen von nichtgewählten Personen
- *Vorbereitung der Wahlen (Art. 8–17 E-GRWG)*
 - Wahlvorschläge
 - Aufforderung Einreichung
 - Inhalt (Anzahl und Bezeichnung der Vorgesprochenen; Bezeichnung Wahlvorschlag)
 - Unterzeichnung (Quorum, Legitimation, Vertretung Wahlvorschlag)
 - Einreichung (Frist, Einreichungsstelle)
 - Einsichtnahme
 - Bereinigung (Fristen, Folgen)
 - Listen
 - Listennummern
 - Ausschluss von Listenverbindungen
 - Veröffentlichung
 - Erstellung und Zustellung der Wahlzettel
- *Wahlakt (Art. 18–20 E-GRWG)*
 - Ausübung des Wahlrechts
 - Ausfüllen Wahlzettel
 - Zusatzstimmen
 - Ungültige Wahlzettel und Kandidatenstimmen

- *Ermittlung der Ergebnisse (Art. 21–30 E-GRWG)*
 - Kandidaten- und Parteistimmen
 - Zusatzstimmen
 - Zusammenstellung der Ergebnisse (Regionalausschuss)
 - Verteilung der Sitze auf die Listen (Stimmenverrechnungsverfahren)
 - Besondere Fälle (Entscheidungsregeln inkl. Losentscheid)
 - Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute
 - Überzählige Sitze
 - Nachrücken
 - Ergänzungswahl
 - Temporäre Stellvertretung bei Proporzwahlkreisen

b) Fremdänderungen im Grossratswahlgesetz

*Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden
(GPR; BR 150.100)*

- Art. 1 Geltungsbereich
Vorbehalt betreffend Regelungen im Grossratswahlgesetz anbringen.
- Art. 2 Abs. 2 Begriffe
Verweis anpassen (auf Grossratswahlgesetz).
- Art. 8 Abs. 1 Abstimmungsort, Abstimmungstag und Abstimmungsart
Die Möglichkeit für die Regionen, die Durchführung von Grossratswahlen an der Landsgemeinde vorzusehen (2. Satz), ist aufzuheben. Landsgemeinden werden keine mehr durchgeführt und auch von keiner Region als Möglichkeit in ihren Statuten vorgesehen.
- Art. 36 Abs. 3 Meldung der Ergebnisse
Die Übermittlung der Ergebnisse vom Regionalausschuss an die Ständekanzlei erfolgt am Wahltag schon heute nicht mehr telefonisch, sondern elektronisch.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100)

- Art. 1 bis Art. 5, Anhang 1
Diese Bestimmungen im GRG sollen ins neue GRWG übernommen werden und sind entsprechend im GRG aufzuheben. Ebenso der Anhang 1 mit der Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen.

Auf Regierungsverordnungsstufe

Zurzeit ist auf dieser Stufe kein Regulierungsbedarf erkennbar, weder für neue Bestimmungen noch für Anpassungen des geltenden Rechts.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

2.1. Teilrevision Kantonsverfassung

Art. 27 Zusammensetzung und Wahl

Abs. 2: Die Wahl des Grossen Rates erfolgt grundsätzlich, d.h. dort, wo rechtlich zulässig, nach dem Mehrheitswahlverfahren, in bevölkerungsreichen Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlverfahren. Damit wird auf Verfassungsebene im Grundsatz ein gemischtes Wahlsystem statuiert. Alles Nähere soll dann der Gesetzgeber regeln. Dieser hat bei der Umsetzung die vom Bundesgericht festgelegten Grundsätze, namentlich bezüglich der zulässigen bzw. notwendigen Wahlkreisgrösse für Wahlen im Majorz und im Proporz, zu beachten.

Abs. 3: Die Einteilung des Kantons in Wahlkreise wird dem Gesetzgeber übertragen. Dieser hat die Anzahl und den Zuschnitt der Wahlkreise näher zu bestimmen. Dabei hat er die vom Bundesgericht gemachten Vorgaben bezüglich der Wahlkreisgrösse im Majorz und im Proporz zu beachten. Wie bereits dargelegt, ist diese Delegation an den Gesetzgeber erforderlich, um genügend rasch und flexibel reagieren zu können, wenn bei demographischen Veränderungen aus rechtlichen Gründen eine Anpassung der Wahlkreiseinteilung erforderlich wird (siehe Ausführungen unter Abschnitt «1.2. Regelungsstufe»).

2.2. Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz, GRWG)

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich

Abs. 1: Das Grossratswahlgesetz regelt allgemein für die Grossratswahlen die Einteilung des Kantons in Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden (oder von Teilgebieten von Gemeinden) sowie das Verfahren für die Verteilung der Grossratsitze auf die Wahlkreise. Weiter enthält es die Bestimmungen über das Verfahren der Wahl des Grossen Rates nach dem Verhältniswahlverfahren, das in den Proporzkreisen zur Anwendung gelangt. Geregelt wird weiter die Stellvertretung für Majorz- und Proporzkreise.

Abs. 2: Das Wahlverfahren in den Majorzkreisen nach dem Mehrheitswahlverfahren richtet sich demgegenüber nach dem Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100). Für die Majorzkreise ändert sich damit verfahrensmässig gegenüber heute nichts.

Abs. 3: Dieser Absatz verweist subsidiär, d.h. für den Fall, dass das Grossratswahlgesetz nichts selber regelt, soweit es Durchführungsfragen betrifft, auf das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden. Es geht hier um organisatorische Belange und Zuständigkeitsfragen. So ergibt sich beispielsweise aus dem GPR, dass die Regierung für die Anordnung der Grossratswahlen zuständig ist (Art. 15 Abs. 1 lit. a GPR) oder, wie die Mitteilung der Ergebnisse von den Gemeinden zum Regionalausschuss und dann zum Kanton erfolgt (Art. 36 und 37 GPR). Solche für alle Wahlkreise geltenden organisatorischen Regelungen finden sich im GPR.

Der zweite, ebenfalls subsidiäre Verweis betrifft Fragen des Verhältniswahlrechts (Proporz). Soweit diesbezüglich das GRWG eine Frage nicht regeln sollte, finden die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; SR 161.1) zu den Nationalratswahlen sinngemäss Anwendung.

Art. 2 Wahlkreiseinteilung

Abs. 1 und Abs. 2: Im Gegensatz zu heute ist der Gesetzgeber bei der Wahlkreiseinteilung nicht mehr an eine in der Verfassung festgelegten Höchstzahl von Wahlkreisen gebunden. Neu können zudem auch Teilgebiete von Gemeinden Wahlkreisen zugeordnet werden. Damit wird es möglich, die rechtlichen Vorgaben bezüglich Wahlkreisgrössen im Majorz und im Proporz einzuhalten.

Abs. 3: Die Regelung der Wahlkreiszugehörigkeit bei Gemeindezusammenschlüssen wird unverändert aus dem Grossratsgesetz (Art. 1 Abs. 3 GRG) übernommen.

Art. 3 Grundlage der Sitzverteilung

Diese Bestimmung wird inhaltlich unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (Art. 1 Abs. 1 GRG).

Art. 4 Verteilungsverfahren

Diese Bestimmung wird unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (Art. 2 GRG). Im Anhang 1 findet sich zur Veranschaulichung eine Sitzverteilung aufgrund der STATPOP-Zahlen vom 31. Dezember 2018.

Art. 5 Bekanntgabe

Diese Bestimmung wird unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (Art. 3 GRG).

Art. 6 Stellvertretung

Abs. 1: In den Majorzkreisen sollen wie heute neben den ordentlichen Abgeordneten getrennt auch Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt

werden. Da der Majorz nur in Kreisen mit bis zu fünf Sitzen zum Zuge kommen kann, ist die Höchstzahl der zu wählenden Stellvertretenden auf fünf zu beschränken. Wie bis anhin stellen die Stellvertretenden, in der Reihenfolge ihres Wahlergebnisses, temporär oder auf Dauer, die Vertretung des Wahlkreises im Grossen Rat sicher.

Abs. 2: Für die Proporzwahlkreise wird das temporäre Nachrücken (temporäre Stellvertretung) und das dauerhafte Nachrücken in den Artikeln 28 und 30 E-GRWG geregelt. Anders als bei den Majorzwahlkreisen rückt in beiden Fällen immer eine Person auf der Liste nach, bei der eine temporäre oder dauerhafte Vakanz eintritt.

Art. 7 Wahlbeschwerden

Diese Bestimmung wird unverändert aus dem Grossratsgesetz übernommen (Art. 3 GRG).

2. Vorbereitung der Wahlen

Vorbemerkungen

Die Organisation und Durchführung der Grossratswahlen obliegt den *Regionen* (Regionalausschüsse) im Zusammenwirken mit den Gemeinden. Das war bereits bei den Grossratswahlen 2018 der Fall. Neu werden die Regionen Plessur und Landquart neben Majorzwahlkreisen auch noch je einen Proporzwahlkreis organisatorisch zu betreuen haben. Für die Regionen Imboden (neu 3 statt 2 Majorzwahlkreise), Maloja (neu 3 statt 2 Majorzwahlkreise), Surselva (neu 6 statt 5 Majorzwahlkreise) und Prättigau/Davos (neu 9 statt 7 Majorzwahlkreise) erhöht sich die Anzahl der zu betreuenden Wahlkreise, bei der Region Viamala (neu 4 statt 5 Majorzwahlkreise) verringert sie sich.

Wie bereits im Abschnitt «1.3 Einpassung in die Rechtsordnung» ausgeführt, ist die vorliegende Vorlage mit der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 12. Februar 2018 abzustimmen, welche in Zusammenhang mit der Einführung von E-Voting stand, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Dies gilt namentlich bezüglich der Fristen des Anmeldeverfahrens, die gleich zu halten sind.

Im Übrigen orientieren sich die Verfahrensbestimmungen stark an jenen des Bundes zu den Nationalratswahlen, welche allen Beteiligten (Wählerschaft, Parteien, Behörden) bis zu einem gewissen Grade vertraut sind und zu denen auch eine klare Praxis besteht (vgl. Art. 21 ff. Bundesgesetz über die politischen Rechte, BPR; SR 161.1).

Art. 8 Aufforderung

Die interessierten Kreise und die Öffentlichkeit sollen frühzeitig auf die Wahl und die Möglichkeit zur Einreichung von Wahlvorschlägen hingewiesen werden.

Art. 9 Wahlvorschläge 1. Inhalt

Die Regelung entspricht weitgehend jener des Bundes für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 22 BPR; SR 161.1).

Art. 10 2. Bezeichnung

Um die Verwechslungsgefahr für die Wählerschaft gering zu halten, ist auf eine klare Unterscheidbarkeit der Bezeichnungen zu achten.

Art. 11 3. Unterzeichnung

Abs. 1: Das Unterzeichnungsquorum ist auf jenes abgestimmt, dass auch für die Majorzwahlkreise gemäss GPR-Teilrevision 2018 gelten würde. Es ist bewusst tief gehalten, um den Zugang zu den Wahlen nicht übermässig zu erschweren. Es erscheint auch im Vergleich mit den Nationalratswahlen, wo für Graubünden ein Quorum von 100 Stimmberechtigten gilt (Art. 24 BPR; SR 161.1), als angemessen. Das minimale Quorum und die geforderte handschriftliche Unterzeichnung sollen nicht ernsthaften Wahlvorschlägen entgegenwirken.

Abs. 2 und Abs. 3: Analoge Regelungen gelten heute schon für das Anmeldeverfahren bei den Regionalgerichtswahlen und würden auch gemäss GPR-Teilrevision 2018 für das Anmeldeverfahren in Majorzwahlkreisen gelten.

Art. 12 4. Einreichung

Abs. 1: Der vorgeschlagene Einreichungstermin neun Wochen vor dem Wahltermin entspricht jenem, der auch für die Majorzwahlkreise gemäss GPR-Teilrevision 2018 gelten würde. Das Bereinigungsverfahren und auch die Drucklegung der Wahlzettel mit Listen beanspruchen eine gewisse Zeit, so dass die Zeitspanne von neun Wochen erforderlich ist. Zum Vergleich: Bei den Nationalratswahlen hat die Einreichung elf Wochen vor dem Wahltermin zu erfolgen.

Art. 13 5. Einsichtnahme

Es soll, analog zu den Nationalratswahlen (Art. 26 BPR; SR 161.1), vollständige Transparenz gewährleistet werden.

Art. 14 6. Bereinigung a) Mehrfach Vorgeschlagene

Regelt die Zuständigkeiten und das Vorgehen bei Doppelkandidaturen im Wahlkreis (*Abs. 1*) und wahlkreisübergreifend (*Abs. 2*). Die Vertretungen der Wahlvorschläge sind vom Regionalausschuss unverzüglich zu informieren. Innerhalb der einwöchigen Bereinigungsfrist können Ersatzkandidaturen eingereicht werden (siehe Art. 15 E-GRWG). Nachdem jede vorgeschlagene Person schriftlich bestätigen muss, dass sie den Wahlvorschlag annimmt, sollten solche Doppelkandidaturen eine seltene Ausnahme bleiben.

Art. 15 b) Bereinigung und Ersatzvorschläge

Abs. 1: Der zuständige Regionalausschuss hat die eingehenden Wahlvorschläge umgehend hinsichtlich der Einhaltung der aufgeführten Erfordernisse zu prüfen.

Abs. 2: Der Vertretung des Wahlvorschlags ist Gelegenheit zu geben, Fehler zu korrigieren.

Abs. 3: Auch bei Ersatzkandidaturen braucht es das unterschriftliche Einverständnis der betreffenden Personen.

Abs. 4: Unterschiedliche Rechtsfolgen, je nach Natur des Mangels.

Abs. 5: Satz 2 erlaubt es, später aufgedeckte Mehrfachkandidaturen noch zu streichen.

Art. 16 Listen

Abs. 1: Zum Listenverbindungsverbot siehe die Ausführungen vorne im Abschnitt «IV. Revisionsvorlage, 1. Konzept und Grundzüge, 1.1 Grundsätzliches».

Abs. 3 und Abs. 4: Analoges Verfahren zur Bestimmung der Ordnungsnummern wie bei den Nationalratswahlen. Es hat sich dort sehr bewährt.

Art. 17 Wahlzettel, Wahlanleitung

Abs. 1: Wie schon heute bei den Grossratswahlen ist auch in den Proporzwahlkreisen der zuständige Regionalausschuss für die Produktion der Wahlzettel verantwortlich. In Anlehnung an die Nationalratswahlen werden die Wahlzettel wohl zu einem Wahlzettel-Büchlein zusammenzufassen sein.

Abs. 2: Das Wählen im Proporzverfahren ist für die Wählenden etwas komplexer als bei Majorzwahlen. Deshalb soll der Wählerschaft wie bei den Nationalratswahlen mit den Wahlzetteln auch eine kurze Wahlanleitung abgegeben werden. Diese ist von den betreffenden Regionalausschüssen zu erstellen und zu produzieren.

3. Wahlakt

Art. 18 Ausübung des Wahlrechts

Abs. 2: Wählbar sind nur Personen, die für den betreffenden Wahlkreis gültig vorgeschlagen wurden.

Art. 19 Ausfüllen des Wahlzettels

Analoge Regelungen wie bei den Nationalratswahlen (vgl. Art. 35 BPR; SR 161.1).

Art. 20 Ungültige Wahlzettel, Kandidatenstimmen

Abs. 1: Regelt Fälle, bei welchen der ganze Wahlzettel ungültig wird.

Abs. 2: Regelt Fälle, wo einzelne Stimmen für Kandidierende ungültig werden.

Abs. 3: Analoge Streichungsregeln, die auch für die Nationalratswahlen gelten (vgl. Art. 38 Abs. 3 BPR; SR 161.1).

4. Ermittlung der Ergebnisse

Art. 21: Kandidaten- und Parteistimmen

Jede Kandidatenstimme ist zugleich eine Parteistimme. Als Parteistimmen dazu kommen die Zusatzstimmen (= leere Linien auf Wahlzetteln mit Bezeichnung und/oder Ordnungsnummer) gemäss Art. 22 E-GRWG.

Art. 22 Zusatzstimmen

Analoge Regelungen wie bei den Nationalratswahlen (vgl. Art. 37 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 BPR; SR 161.1).

Art. 23 Zusammenstellung der Ergebnisse

Abs. 1 und Abs. 2: Die Gemeindewahlbüros haben die vorgegebenen Werte zu ermitteln und unverzüglich dem zuständigen Regionalausschuss zu übermitteln. Das wird analog zu den Nationalratswahlen im Rahmen einer elektronischen Wahllösung zu erfolgen haben.

Art. 24 Verteilung der Sitze auf die Listen 1. Verteilung

Die Zuständigkeit der Regionalausschüsse für die Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse und Ermittlung der Gewählten ergibt sich aus Art. 37 Abs. 2 GPR.

Die Sitzverteilung erfolgt nach dem im Bund und in elf Kantonen zur Anwendung gelangenden Verfahren Hagenbach/Bischoff (siehe dazu die Ausführungen vorne im Abschnitt «IV. Revisionsvorlage, 1. Konzept und

Grundzüge, 1.1 Grundsätzliches» und das Beispiel einer Sitzverteilung nach diesem Verfahren in Anhang 2).

Die Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 40 BPR; SR 161.1).

Art. 25 2. Weitere Verteilungen

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 41 BPR; SR 161.1).

Art. 26 Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 43 BPR; SR 161.1).

Art. 27 Überzählige Sitze

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 44 BPR; SR 161.1).

Art. 28 Nachrücken

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 55 BPR; SR 161.1).

Art. 29 Ergänzungswahl

Diese Regelung entspricht jener für die Nationalratswahlen (vgl. Art. 56 BPR; SR 161.1).

Art. 30 Temporäre Stellvertretung

Wie bereits in der Kommentierung zu Art. 6 E-GRWG ausgeführt, soll auch für die Proporzwahlkreise eine temporäre Stellvertretung vorgesehen werden. Zur Bestimmung der temporären Stellvertretung in den Proporzwahlkreisen sollen die Regeln über das Nachrücken gemäss Art. 28 E-GRWG gelten.

Fremdänderungen

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100):

Art. 1 Abs. 1^{bis} Geltungsbereich

Die Verhältniswahl des Grossen Rates regelt das Grossratswahlgesetz. Dies ist durch einen entsprechenden Vorbehalt im GPR deutlich zu machen.

Art. 2 Abs. 2 Begriffe

Anpassung des Verweises: neu ist auf das Grossratswahlgesetz zu verweisen, weil dort (Art. 2 und Anhang 1) die Wahlkreise festgelegt werden.

Art. 8 Abs. 2 Abstimmungsort, Abstimmungstag und Abstimmungsart

Die Möglichkeit für die Regionen, die Durchführung von Grossratswahlen an der Landsgemeinde vorzusehen (zweiter Satz), ist aufzuheben. Landsgemeinden werden heute keine mehr durchgeführt und auch von keiner Region als Möglichkeit in ihren Statuten vorgesehen.

Art. 36 Abs. 3 Meldung der Ergebnisse

Die Übermittlung der Ergebnisse vom Regionalausschuss an die Standeskanzlei erfolgt am Wahltag schon heute nicht mehr telefonisch, sondern elektronisch. Die Bestimmung ist entsprechend anzupassen.

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BR 170.100):

Art. 1 bis Art. 5: Diese Bestimmungen im Grossratsgesetz sollen ins neue Grossratswahlgesetz übernommen werden und sind entsprechend im GRG aufzuheben. Ebenso der Anhang 1 mit der Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen. Diese Zuordnung erfolgt neu im Anhang 1 zum Grossratswahlgesetz.

V. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Das Proporzwahlverfahren ist für alle Beteiligten administrativ aufwendiger als das bisherige Majorzwahlverfahren. Beim Kanton wird für die Standeskanzlei ein höherer Aufwand für die Betreuung der betroffenen Regionen und der Gemeinden bei der Vorbereitung und bei der Durchführung der Wahl anfallen. Dieser soll aber durch das bisherige Personal abgedeckt werden. Der Kanton wird den Regionen und den Gemeinden auch unentgeltlich eine elektronische Wahllösung zur Verfügung stellen, die er bereits bei kantonalen Urnengängen einsetzt. Mehrkosten für den Kanton ergeben sich dadurch nur indirekt, d.h. durch den Initialisierungsaufwand, der von Mitarbeitenden der Standeskanzlei zu tragen ist. Den laufenden Support hingegen haben die Regionen und Gemeinden direkt mit dem Anbieter der Lösung zu regeln und entsprechende Kosten zu tragen. Aufwendiger werden die Wahlen in der Vorbereitung und Durchführung auch für die Gemeinden in den Proporzwahlkreisen und für die zuständigen Regionen. Wie beim Kanton sollte aber auch hier der nur alle vier Jahre auftretende Zusatzaufwand tragbar und im Rahmen der bisherigen Personalressourcen zu bewältigen sein. Zusätzliche Sachkosten werden bei den Regionen aufgrund der

Produktion der Wahlzettel und der Wahlanleitung anfallen. Deren Höhe ist u. a. abhängig von der Anzahl Listen, welche zur Wahl antreten und vom Umfang der Wahlanleitung.

VI. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (RB vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Regelungen zum Wahlverfahren erfordern aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit eine relativ hohe Normdichte und -bestimmtheit.

VII. Inkrafttreten

Die Teilrevision der Kantonsverfassung ist vorliegend Voraussetzung für den Erlass des Grossratswahlgesetzes. Um die Abstimmungsfreiheit (Art. 34 Abs. 2 BV) nicht zu verletzen, darf die Referendumpublikation im Kantonsamtsblatt für das dem fakultativen Referendum unterliegende Grossratsgesetz erst erfolgen, nachdem die obligatorische Volksabstimmung über die Verfassungsrevision erfolgt ist und diese angenommen wurde (siehe auch die Ausführungen zur gleichen Konstellation anlässlich der Justizreform in Botschaftenheft Nr. 6/2006–2007, S. 570). Diese rechtliche Abhängigkeit wirkt sich entsprechend auf den Zeitplan aus. Würde die Teilrevision der Kantonsverfassung am möglichen Abstimmungstermin vom 13. Juni 2021 vom Volk angenommen, könnte die Referendumpublikation am 16. Juni 2021 erfolgen. Die 90-tägige Referendumsfrist würde diesfalls am 14. September 2021 ablaufen. Würde kein Referendum ergriffen oder käme es nicht zustande, könnte die Regierung die Verfassungsrevision und das neue Grossratswahlgesetz auf 1. Oktober 2021 in Kraft setzen. Gestützt auf die neuen Rechtsgrundlagen könnte die Regierung dann am 8. Oktober 2021 die Verteilung der Sitze auf die neuen Wahlkreise öffentlich bekannt geben. Zu anderen möglichen Szenarien und deren Konsequenzen siehe die Ausführungen im nachfolgenden Abschnitt.

VIII. Grossratswahlen 2022

Die Amtsdauer des Grossen Rates beträgt vier Jahre (Art. 23 KV). Die Amtsperiode der am 10. Juni 2018 gewählten Grossrätinnen und Grossräte hat am ersten Tag der Augustsession (29. August 2018) begonnen (Art. 16 Abs. 1 lit. a GPR) und endet mit Beginn der Augustsession 2022. Die Erneuerungswahlen haben entsprechend vorgängig stattzufinden; gemäss Art. 16 Abs. 1 lit. a GPR in der Regel im Mai oder Juni gleichzeitig mit den Regierungsratswahlen. Konkret kommt als Wahltermin der Blankoabstimmungstermin des Bundes vom 15. Mai 2022 in Frage. Die Grossratswahlen 2022 müssen zwingend mit einem neuen, bundesrechtskonformen Wahlsystem durchgeführt werden. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen sollten spätestens auf 1. Januar 2022 in Kraft treten, damit die Behörden und die Parteien die Wahlen vorbereiten können. Der Zeitrahmen für die Installation des neuen Wahlsystems ist somit äusserst eng. Es ist deshalb wichtig, nachfolgend mögliche Szenarien, sich daraus ergebende Konsequenzen und allfällige Lösungen aufzuzeigen.

Wird die Wahlsystemvorlage in der Dezembersession 2020 vom Grossen Rat verabschiedet, bietet sich als Termin für die obligatorische Volksabstimmung über die Teilrevision der Kantonsverfassung der Blankotermine des Bundes vom 13. Juni 2021 an. Denkbar wäre zwar auch ein eigenständiger Termin Ende April/Anfang Mai. Dieser Termin läge dann aber allenfalls zwischen zwei Bundesabstimmungsterminen (7. März 2021/13. Juni 2021), was organisatorisch und kostenmässig, aber auch aus Sicht der Beanspruchung der Wählerschaft und der Parteien, nicht günstig wäre. Der Zeitgewinn wäre zudem nicht allzu gross. Diese Option soll aber nicht ganz verworfen werden.

Sollte die Teilrevision der Kantonsverfassung in der Volksabstimmung (13. Juni 2021 oder früher im April/Mai) abgelehnt werden, müsste eine politisch umsetzbare Ersatzlösung für ein neues Wahlsystem ausgearbeitet werden. Aufgrund der hohen zeitlichen Dringlichkeit müsste dies unter Ausserkraftsetzung der ordentlichen Fristen und Abläufe in einem «Eilverfahren» erfolgen. Das bedeutete minimales Zeitfenster für die Ausarbeitung einer Ersatzbotschaft, kein Vernehmlassungsverfahren, minimale Vorberatungszeit für die Kommission und die Fraktionen des Grossen Rates. Behandlung in der Augustsession 2021. Volksabstimmung über die Verfassungsrevision am 28. November 2021. Das Grossratswahlgesetz müsste vom Grossen Rat gestützt auf Art. 18 KV als Dringlichkeitsrecht, mit nachträglichem fakultatивem Referendum, erlassen werden, was eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder erfordert.

Die Situation wird nun unter Einbezug der Volksinitiative «Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug» noch etwas komplexer.

Wie ausgeführt (siehe vorne Abschnitt «II. Ausgangslage, 4. Die kantonale Volksinitiative Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug»), muss diese Initiative bis Mitte März 2021 vom Grossen Rat behandelt werden, d.h. spätestens in der Februarsession 2021. Anschliessend hätte zeitnah die Volksabstimmung zu erfolgen. Das Szenario einer «Doppelabstimmung» über das Wahlsystem und die Verkleinerung am gleichen Termin (13. Juni 2021 oder April/Mai) könnte sich damit abzeichnen. Rechtlich gäbe es dagegen keine Einwände, was die Regierung durch den externen Experten Prof. Dr. Andreas Glaser abklären liess.

Je nach Ausgang der «Doppelabstimmung» ergäben sich dann unterschiedliche Konsequenzen:

- Bei *Annahme der Wahlsystemvorlage und Ablehnung der Verkleinerungsinitiative* würde das Verfahren zur Einführung des neuen Wahlsystems, wie im Abschnitt «VII. Inkrafttreten» dargestellt, weiterlaufen.
- Bei *Ablehnung beider Vorlagen* wäre eine neue Wahlsystemvorlage mit 120 Sitzen auszuarbeiten. Das wäre, wie eben aufgezeigt, rechtzeitig nur im Rahmen eines «Eilverfahrens» und mit einer zweiten Volksabstimmung (28. November 2021) zu erreichen.
- Bei *Ablehnung der Wahlsystemvorlage und Annahme der Verkleinerungsinitiative* wäre eine neue Wahlsystemvorlage, sinnvollerweise mit 90 Sitzen, auszuarbeiten. Das wäre, wie eben aufgezeigt, rechtzeitig nur im Rahmen eines «Eilverfahrens» und mit einer zweiten Volksabstimmung (28. November 2021) zu erreichen.
- Bei *Annahme beider Vorlagen* gäbe es grundsätzlich zwei Handlungsoptionen. Da es sich bei der Verkleinerungsinitiative um eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung handelt, müsste diese erst noch in einer formellen Verfassungsrevision (Art. 27 Abs. 1 KV) umgesetzt werden. Dazu wäre eine zweite Volksabstimmung (formelle Änderung von Art. 27 Abs. 1 KV) erforderlich. Die Wahlen 2022 könnten also rechtlich korrekt noch mit 120 Sitzen und dem neuen Wahlsystem durchgeführt werden. Erst auf die Wahlen 2026 würde die Verkleinerung dann greifen, vorausgesetzt, dass diese in der zweiten Volksabstimmung (formelle Revision von Art. 27 Abs. 1 KV) bestätigt würde. Auf diesen Zeitpunkt hin müsste dann auch das Wahlsystem an die neue Sitzzahl angepasst werden. Ein solches Vorgehen erscheint sachlich und rechtlich vertretbar, auch wenn die Verkleinerungsinitiative u.a. eine Umsetzung der Verkleinerung auf die Wahlen 2022 hin fordert. Sachlich, weil man durch die Annahme des neuen Wahlsystems in der Lage wäre, im Jahr 2022 rechtlich korrekte Wahlen durchzuführen und anschliessend genügend Zeit hätte, um auf die Wahlen 2026 hin ein auf die geringere Parlamentsgrösse zugeschnittenes Wahlsystem auszuarbeiten. Rechtlich, weil die Forderung der Umsetzung auf die Wahlen 2022 als Beschleunigungsgebot zu ver-

stehen und als Ordnungsvorschrift zu betrachten ist, deren Verletzung keine rechtlichen Folgen hätte (siehe Näheres dazu in der Botschaft zur Verkleinerungsinitiative, Heft Nr. 5/2019–2020, S. 221 f.). Man könnte aber auch aus demokratiepolitischen Gründen (rasche Umsetzung des Volksentscheids) versuchen, die Verkleinerung bereits auf die Wahlen 2022 umsetzen. Dazu müsste die formelle Verfassungsrevision (betreffend der Verkleinerung) vorgezogen und am 28. November 2021 zur Abstimmung gebracht werden. Zugleich müsste auch das Wahlsystem auf die reduzierte Sitzzahl angepasst und eine entsprechende Verfassungsrevisionsvorlage gleichentags zur Abstimmung gebracht werden. Selbstverständlich müsste der Rechtsetzungsprozess im bereits skizzierten «Eilverfahren» erfolgen. In beiden Fällen könnte, wie vorne im Abschnitt «II. Ausgangslage, 4. Die kantonale Volksinitiative Für die Verkleinerung des Grossen Rates – 90 sind genug» dargelegt, das Modell E nicht mehr in vorgeschlagener Form umgesetzt werden.

Sollte es bis Ende 2021 weder auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg noch auf dem Weg des Dringlichkeitsrechts des Grossen Rates gelingen, die Rechtsgrundlagen für ein neues Wahlsystem zu schaffen, wäre die Regierung von Bundesrechts wegen (Art. 49 Abs. 1 BV) verpflichtet, die geltenden bundesrechtswidrigen Wahlvorschriften nicht anzuwenden und im Rahmen der Kantonsverfassung eine provisorische Ersatzordnung zu erlassen (d.h. maximal 39 Wahlkreise, Mehrheitswahlverfahren und Einhalten der Vorgaben des Bundesgerichts u. a. bezüglich Wahlkreisgrösse) und so die Durchführung der Grossratswahlen 2022 sicherzustellen. Die Regierung könnte ihre Kompetenz zum Erlass einer ersatzweisen Wahlordnung auf die Vollziehungskompetenz gemäss Art. 42 Abs. 3 KV stützen. Diese letzte Möglichkeit hat die Regierung vorsorglich ebenfalls durch Prof. Dr. Andreas Glaser gutachterlich abklären lassen. Natürlich hofft aber die Regierung, dass dem Kanton Graubünden ein solches – staatspolitisch heikles – Szenario erspart bleibt.

IX. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. die Teilrevision der Kantonsverfassung zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden;
3. dem Erlass des Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates zuzustimmen; und
4. den Auftrag Claus betreffend Anpassung des Wahlsystems für den Grossen Rat als erledigt abzuschreiben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Rathgeb*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Verteilung der Grossratsmandate auf Wahlkreise Modell E

Anhang 1

Basis: Bilanz ständige schweizerische Wohnbevölkerung 2018 (31.12)

System: Bruchzahlverfahren

Kreis	Ständige Wohnbevölkerung	1. Vorwegverteilung	2. Vorwegverteilung	3. Vorwegverteilung	Hauptverteilung		Restverteilung		Sitze Total
					Basiszahl	Sitze	Restzahlen	Restsitze	
Alvaschein	3252	0	0	0	3252	2	484		2
Belfort	645	1			0		0		1
Bergün	745	1			0		0		1
Bregaglia	1335	1			0		0		1
Breil/Brigels	1618	0	0	0	1618	1	234		1
Brusio	967	1			0		0		1
Calanca	708	1			0		0		1
Chur	29581	0	0	0	29581	21	517		21
Churwalden	1856	0	0	0	1856	1	472		1
Davos I	2505	0	0	0	2505	1	1121	1	2
Davos II	4186	0	0	0	4186	3	34		3
Davos III	1254	1			0		0		1
Disentis	5343	0	0	0	5343	3	1191	1	4
Domleschg	4100	0	0	0	4100	2	1332	1	3
Fünf Dörfer	15154	0	0	0	15154	10	1314	1	11
Ilanz I	5053	0	0	0	5053	3	901	1	4
Ilanz II	3127	0	0	0	3127	2	359		2
Jenaz	1834	0	0	0	1834	1	450		1
Klosters	3568	0	0	0	3568	2	800	1	3
Küblis	907	1			0		0		1
Lumnezia/Lugnez	2688	0	0	0	2688	1	1304	1	2
Luzern	1458	0	0	0	1458	1	74		1
Maienfeld	6310	0	0	0	6310	4	774	1	5
Mesocco	1989	0	0	0	1989	1	605		1
Oberengadin I	5180	0	0	0	5180	3	1028	1	4
Oberengadin II	6221	0	0	0	6221	4	685	1	5
Poschiavo	3225	0	0	0	3225	2	457		2
Ramosch	1398	0	0	0	1398	1	14		1
Rhâzüns I	6212	0	0	0	6212	4	676		4
Rhâzüns II	4123	0	0	0	4123	2	1355	1	3
Rheinwald/Avers	792	1			0		0		1
Roveredo	3941	0	0	0	3941	2	1173	1	3
Safien	860	1			0		0		1
Schams	1573	0	0	0	1573	1	189		1
Schanfigg	2392	0	0	0	2392	1	1008	1	2
Schiers	4154	0	0	0	4154	3	2		3
Seewis	1200	1			0		0		1
Suot Tasna	3638	0	0	0	3638	2	870	1	3
Sur Tasna	1236	1			0		0		1
Surses	1990	0	0	0	1990	1	606		1
Thusis	4992	0	0	0	4992	3	840	1	4
Trins	6726	0	0	0	6726	4	1190	1	5
Val Müstair	1361	0	1		0		0		1
Total 1	161397	11	1	0	149387	92	22059	16	120
Total 2		150748							
Total 3			149387						

auf nächsthöhere ganze Zahl
aufgerundet 1344.98
1'345

(120-11=109) aufgerundet auf 1383.01
aufgerundet 1384

3. Verteilzahl: Total 3/ restliche Sitze 1383.21
109-1=108) aufgerundet auf
nächst höhere ganze Zahl
aufgerundet 1384

Beispiel einer Sitzverteilung nach dem Verfahren HAGENBACH-BISCHOFF

Ausgangslage

In einem Wahlkreis sind **11 Sitze** zu vergeben.

Liste A hat 4900 Parteistimmen, Liste B 3100 Stimmen, Liste C 2200 Stimmen und Liste D 1800 Stimmen erhalten, was ein Total von **12 000 Stimmen** ergibt.

Berechnung der Verteilungszahl:

12 000 Parteistimmen geteilt durch Anzahl Sitze plus 1 ($11 + 1 = 12$) → $12\,000 : 12 = 1000$, erhöht auf nächsthöhere ganze Zahl = **1001**

Hauptzuteilung

Liste A: 4900 geteilt durch 1001 = 4.89 → 4 Sitze

Liste B: 3100 geteilt durch 1001 = 3.09 → 3 Sitze

Liste C: 2200 geteilt durch 1001 = 2.19 → 2 Sitze

Liste D: 1800 geteilt durch 1001 = 1.79 → 1 Sitz

Zehn Sitze sind verteilt. Es verbleibt in der Restzuteilung noch 1 Sitz zu verteilen.

Restzuteilung

Liste A: 4900 geteilt durch Anzahl erzielte Sitze + 1 ($4 + 1$) 5 = 980

Liste B: 3100 geteilt durch Anzahl erzielte Sitze + 1 ($3 + 1$) 4 = 775

Liste C: 2200 geteilt durch Anzahl erzielte Sitze + 1 ($2 + 1$) 3 = 733,33

Liste D: 1800 geteilt durch Anzahl erzielte Sitze + 1 ($1 + 1$) 2 = 900

Liste A weist den höchsten Quotienten auf und erhält deshalb den elften Sitz.

Das ergibt folgende **Sitzverteilung**:

Liste A: 5 Sitze

Liste B: 3 Sitze

Liste C: 2 Sitze

Liste D: 1 Sitz

Rechtsgrundlagen:

Art. 24 und 25 E-GRWG

Verfassung des Kantons Graubünden

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: **110.100**
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 24. August 2020,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Verfassung des Kantons Graubünden" BR [110.100](#) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 27 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

² Die Wahl erfolgt nach dem Mehrheitswahlverfahren, **in bevölkerungsreichen Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlverfahren. Das Nähere regelt das Gesetz.**

³ ~~Der Kanton ist Die Einteilung des Kantons in höchstens 39 Wahlkreise eingeteilt. Das Gesetz regelt die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Wahlkreisen sowie die Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die Anzahl der Wahlkreise das Gesetz.~~

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem obligatorischen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gesetz über die Wahl des Grossen Rates (Grossratswahlgesetz; GRWG)

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	???.???
Geändert:	150.100 170.100
Aufgehoben:	–

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 27 Abs. 2 und Abs. 3 sowie auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 24. August 2020,

beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich

¹ Das Gesetz regelt:

- a) die Einteilung des Kantons in Wahlkreise und die Zuordnung der Gemeinden oder von Teilgebieten von Gemeinden zu den Wahlkreisen im Anhang;
- b) das Verfahren der Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise;
- c) das Verfahren der Wahl des Grossen Rates nach dem Verhältniswahlverfahren (Proporzwahlkreise);
- d) die Stellvertretung für die Majorz- und die Proporzwahlkreise.

² Das Verfahren der Wahl des Grossen Rates nach dem Mehrheitswahlverfahren (Majorzwahlkreise) richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden.

³ Soweit dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt, gelten für die Durchführung der Wahlen das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden und für Fragen des Verhältniswahlrechts die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte sinngemäss.

Art. 2 Wahlkreiseinteilung

¹ Der Kanton Graubünden ist für die Wahl des Grossen Rates in die Wahlkreise gemäss Anhang eingeteilt.

² Die Zuordnung der Gemeinden oder von Teilgebieten derselben zu den Wahlkreisen ist im Anhang geregelt.

³ Die Zugehörigkeit zum Wahlkreis von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln. Stehen wichtige Gründe dieser Regelung entgegen oder können sich Gemeinden nicht einigen, entscheidet die Regierung endgültig. Ist mehr als eine Region betroffen, so sind diese vorgängig anzuhören.

Art. 3 Grundlage der Sitzverteilung

¹ Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise ist massgebend die ständige schweizerische Wohnbevölkerung der Wahlkreise aufgrund der eidgenössischen Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), die jeweils im Jahr vor den Wahlen publiziert wird.

Art. 4 Verteilungsverfahren

¹ Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Wahlkreise nach folgendem Verfahren verteilt:

a) Vorwegverteilung:

1. Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
2. Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Wahlkreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
3. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Wahlkreise die letzte Verteilungszahl erreichen.

b) Hauptverteilung: Jeder verbliebene Wahlkreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.

-
- c) Restverteilung: Die restlichen Sitze werden auf die Wahlkreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Wahlkreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 5 Bekanntgabe

¹ Die Regierung gibt die Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Wahlen im Kantonsamtsblatt bekannt.

Art. 6 Stellvertretung

¹ Jeder Majorzwahlkreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch fünf.

² In den Proporzwahlkreisen richtet sich die Stellvertretung nach den Bestimmungen des Verhältniswahlverfahrens.

Art. 7 Wahlbeschwerden

¹ Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

² Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

³ Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

2. Vorbereitung der Wahlen

Art. 8 Aufforderung

¹ Der für den Wahlkreis zuständige Regionalausschuss publiziert bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen unter Angabe von Stelle und Termin der Einreichung.

Art. 9 Wahlvorschläge
1. Inhalt

¹ Ein Wahlvorschlag darf höchstens so viele Namen wählbarer Personen enthalten, als im Wahlkreis Grossratsmitglieder zu wählen sind, und keinen Namen mehr als zweimal. Enthält ein Wahlvorschlag mehr Namen, werden die letzten gestrichen.

² Die Wahlvorschläge müssen für jede vorgeschlagene Person angeben:

- a) den amtlichen Namen und Vornamen;
- b) den Namen, unter dem die Person politisch oder im Alltag bekannt ist;
- c) das Geschlecht;
- d) das Geburtsdatum;
- e) die Wohnadresse;
- f) den Beruf.

³ Jede vorgeschlagene Person muss schriftlich bestätigen, dass sie den Wahlvorschlag annimmt. Fehlt die Bestätigung, so wird ihr Name gestrichen.

Art. 10 2. Bezeichnung

¹ Jeder Wahlvorschlag muss eine zur Unterscheidung von anderen Wahlvorschlägen geeignete Bezeichnung tragen.

Art. 11 3. Unterzeichnung

¹ Jeder Wahlvorschlag muss von zehn im Wahlkreis wohnhaften Stimmberechtigten handschriftlich unterzeichnet sein.

² Eine stimmberechtigte Person darf nicht mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Nach der Einreichung des Vorschlages kann die Unterschrift nicht mehr zurückgezogen werden.

³ Die Unterzeichnenden haben eine Person als Vertretung des Wahlvorschlages und eine als deren Stellvertretung zu bezeichnen. Verzichten sie darauf, gilt die erstunterzeichnende Person als Vertretung, die zweitunterzeichnende als Stellvertretung.

Art. 12 4. Einreichung

¹ Wahlvorschläge müssen bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag beim für den Wahlkreis zuständigen Regionalausschuss eintreffen.

² Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.

³ Der Regionalausschuss gibt der Standeskanzlei von den eingereichten Wahlvorschlägen umgehend Kenntnis.

Art. 13 5. Einsichtnahme

¹ Die Stimmberechtigten des Wahlkreises können die Wahlvorschläge und die Namen der Unterzeichnenden beim zuständigen Regionalausschuss einsehen.

Art. 14 6. Bereinigung

- a) Mehrfach Vorgeschlagene

¹ Steht der Name einer vorgeschlagenen Person auf mehr als einem Wahlvorschlag eines Wahlkreises, so wird er vom zuständigen Regionalausschuss unverzüglich auf allen diesen Wahlvorschlägen gestrichen.

² Die Standeskanzlei streicht unverzüglich jene Vorgeschlagenen, deren Namen auf Wahlvorschlägen aus mehreren Wahlkreisen steht. Sie teilt ihre Streichungen umgehend den Regionalausschüssen der betroffenen Wahlkreise mit.

Art. 15 b) Bereinigung und Ersatzvorschläge

¹ Der zuständige Regionalausschuss prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden, Mehrfachkandidaturen und die Gültigkeit der Unterschriften.

² Bei Mängeln wird der Vertretung des Wahlvorschlags unverzüglich eine kurze Frist zur Behebung angesetzt.

³ Die als Ersatz für amtlich gestrichene Personen Vorgeschlagenen müssen schriftlich bestätigen, dass sie den Wahlvorschlag annehmen.

⁴ Wird ein Mangel nicht fristgemäss behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig. Betrifft der Mangel nur eine vorgeschlagene Person, so wird lediglich deren Name gestrichen.

⁵ Nach dem achtletzten Montag vor dem Wahltag können die Wahlvorschläge nicht mehr geändert werden. Vorbehalten bleibt die amtliche Ungültigerklärung nachträglich festgestellter Mehrfachkandidaturen.

Art. 16 Listen

¹ Die bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen. Listenverbindungen sind ausgeschlossen.

² Der zuständige Regionalausschuss veröffentlicht so früh als möglich die definitiven Listen mit ihren Bezeichnungen und arabischen Ordnungsnummern in ortsüblicher Weise.

³ Die Reihenfolge der Ordnungsnummern der Listen ergibt sich aus der Reihenfolge des Eingangs der Wahlvorschläge.

⁴ Bei am gleichen Tag eingegangenen Wahlvorschlägen entscheidet das Los über die Ordnungsnummer. Die Losziehung obliegt dem zuständigen Regionalausschuss. Die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlvorschläge können der Losziehung beiwohnen.

Art. 17 Wahlzettel, Wahlanleitung

¹ Der für den Wahlkreis zuständige Regionalausschuss erstellt für sämtliche Listen Wahlzettel, auf denen die Listenbezeichnung, die Ordnungsnummer und die Angaben zu den Kandidierenden (Nach- und Vornamen, Jahrgang, Berufsbezeichnung sowie Wohnort) vorgedruckt sind, zudem einen Wahlzettel ohne Vordruck.

² Der zuständige Regionalausschuss erstellt vor jeder Wahl eine kurze Wahlanleitung, die den Stimmberechtigten zusammen mit den Wahlzetteln abgegeben wird.

3. Wahlakt

Art. 18 Ausübung des Wahlrechts

¹ Jede wahlberechtigte Person verfügt über so viele Stimmen, als Grossratsmitglieder in ihrem Wahlkreis zu wählen sind.

² Sie kann ihre Stimme nur für Personen abgeben, die in ihrem Wahlkreis gültig vorgeschlagen worden sind.

³ Sie kann dazu einen amtlichen vorgedruckten oder leeren Wahlzettel verwenden. Das Ausfüllen und das Abändern hat handschriftlich zu erfolgen.

Art. 19 Ausfüllen des Wahlzettels

¹ Wer den Wahlzettel ohne Vordruck benutzt, kann Namen wählbarer Personen eintragen sowie die Listenbezeichnung und/oder Ordnungsnummer einer Liste anbringen.

² Wer einen Wahlzettel mit Vordruck benutzt, kann gedruckte Namen von Kandidierenden streichen. Er kann Namen von auf anderen Listen im Wahlkreis Kandidierenden eintragen (panaschieren). Er kann ferner die vorgedruckte Ordnungsnummer und Listenbezeichnung streichen oder durch eine andere ersetzen.

³ Der Name der gleichen kandidierenden Person kann höchstens zweimal aufgeführt werden (kumulieren).

Art. 20 Ungültige Wahlzettel und Kandidatenstimmen

¹ Wahlzettel sind ungültig, wenn:

- a) sie nicht amtlich sind;
- b) sie keinen Namen einer kandidierenden Person des Wahlkreises enthalten;
- c) sie anders als handschriftlich ausgefüllt oder geändert sind;
- d) sie ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
- e) bei brieflicher Stimmabgabe nicht die dafür erlassenen Vorschriften beachtet werden.

² Als ungültige Stimmen sind vom Wahlzettel zu streichen:

- a) Namen von Personen, die nicht auf einer Liste des Wahlkreises stehen;
- b) überzählige Wiederholungen, wenn der Name einer kandidierenden Person mehr als zweimal aufgeführt wird.

³ Enthält ein Wahlzettel mehr Namen als Sitze zu vergeben sind, so werden die letzten vorgedruckten nicht handschriftlich kumulierten, danach die letzten handschriftlich ausgefüllten Namen gestrichen.

4. Ermittlung der Ergebnisse

Art. 21 Kandidaten- und Parteistimmen

¹ Die auf dem Wahlzettel aufgeführten Kandidatinnen oder Kandidaten erhalten je eine Kandidatenstimme.

² Die Summe der Kandidaten- und der Zusatzstimmen gemäss Artikel 22 ergibt die Parteistimmen jeder Liste.

Art. 22 Zusatzstimmen

¹ Enthält ein Wahlzettel weniger gültige Kandidatenstimmen, als im Wahlkreis Mitglieder des Grossen Rates zu wählen sind, so gelten die leeren Linien als Zusatzstimmen für die Liste, deren Bezeichnung oder Ordnungsnummer auf dem Wahlzettel angegeben ist. Fehlen Bezeichnung und Ordnungsnummer oder enthält der Wahlzettel mehr als eine der eingereichten Listenbezeichnungen oder Ordnungsnummern, so zählen die leeren Linien nicht (leere Stimmen).

² Namen, die auf keiner Liste des Wahlkreises stehen, werden gestrichen. Sie werden jedoch als Zusatzstimmen gezählt, wenn der Wahlzettel eine Listenbezeichnung oder Ordnungsnummer trägt. Fehlt eine solche, so zählen diese Stimmen nicht (leere Stimmen).

³ Bei einem Widerspruch zwischen Listenbezeichnung und Ordnungsnummer gilt die Listenbezeichnung.

Art. 23 Zusammenstellung der Ergebnisse

¹ Das Wahlbüro jeder Gemeinde hat folgende Werte zu ermitteln:

- a) die Zahl der Wahlberechtigten und der Wählenden;
- b) die Zahl der gültigen, ungültigen und leeren Wahlzettel.

² Aus den gültigen Wahlzetteln werden festgestellt:

- a) die Zahl der Stimmen, welche die einzelnen kandidierenden Personen erhalten haben (Kandidatenstimmen);
- b) die Zahl der Zusatzstimmen jeder Liste;
- c) die Summe der Kandidaten- und Zusatzstimmen jeder Liste;
- d) die Zahl der leeren Stimmen.

³ Diese Ergebnisse sind unverzüglich dem zuständigen Regionalausschuss elektronisch zu übermitteln.

Art. 24 Verteilung der Sitze auf die Listen 1. Verteilung

¹ Die Zahl der gültigen Parteistimmen aller Listen wird durch die um eins vergrösserte Zahl der zu vergebenden Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl heisst Verteilungszahl.

² Anschliessend werden jeder Liste so viele Sitze zugeteilt, als die Verteilungszahl in ihrer Parteistimmenzahl enthalten ist.

Art. 25 2. Weitere Verteilungen

¹ Sind noch nicht alle Sitze verteilt, so werden die verbliebenen Sitze einzeln und nacheinander nach folgenden Regeln zugeteilt:

- a) Die Stimmenzahl jeder Liste wird durch die um eins vergrösserte Anzahl der ihr bereits zugeteilten Sitze geteilt;
- b) Der nächste Sitz wird derjenigen Liste zugeteilt, die den grössten Quotienten aufweist;
- c) Haben mehrere Listen aufgrund des gleichen Quotienten den gleichen Anspruch auf den nächsten Sitz, so erhält jene unter diesen Listen den nächsten Sitz, welche bei der Teilung nach Artikel 24 Absatz 2 den grössten Rest erzielte;
- d) Falls noch immer mehrere Listen den gleichen Anspruch haben, geht der Sitz an jene dieser Listen, welche die grösste Parteistimmenzahl aufweist;
- e) Haben immer noch mehrere Listen den gleichen Anspruch, so erhält jene dieser Listen das nächste Mandat, bei welcher der für die Wahl in Betracht kommende Kandidat die grösste Stimmenzahl aufweist;
- f) Falls mehrere solche Kandidaten die gleiche Stimmenzahl aufweisen, entscheidet das Los.

² Dieses Vorgehen wird solange wiederholt, bis alle Mandate zugeteilt sind.

Art. 26 Ermittlung der Gewählten und der Ersatzleute

¹ Von jeder Liste sind nach Massgabe der erreichten Sitze die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten haben.

² Die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten sind Ersatzleute in der Reihenfolge der erzielten Stimmen.

³ Bei Stimmengleichheit bestimmt das Los die Reihenfolge.

Art. 27 Überzählige Sitze

¹ Werden einer Liste mehr Sitze zugeteilt, als sie Kandidatinnen oder Kandidaten aufführt, so findet für die überzähligen Sitze eine Ergänzungswahl nach Artikel 29 statt.

Art. 28 Nachrücken

¹ Lehnt jemand die Wahl ab oder scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsdauer aus dem Grossen Rat aus, so erklärt der zuständige Regionalausschuss die erste Ersatzperson für gewählt. Der Beschluss ist in ortsüblicher Weise zu publizieren.

² Kann oder will eine Ersatzperson das Amt nicht antreten, so rückt die nachfolgende an ihre Stelle.

Art. 29 Ergänzungswahl

¹ Kann ein Sitz nicht durch Nachrücken besetzt werden, so können drei Fünftel der Unterzeichnenden des Wahlvorschlags (Art. 11) auf dem das ausgeschiedene Grossratsmitglied aufgeführt war, einen Wahlvorschlag unterbreiten.

² Erfüllt die so vorgeschlagene Person die Wählbarkeitsvoraussetzungen, wird sie vom zuständigen Regionalausschuss als gewählt erklärt. Der Beschluss ist in ortsüblicher Weise zu publizieren.

³ Wird das Vorschlagsrecht nicht genutzt, so findet eine Volkswahl statt. Sind mehrere Sitze zu besetzen, so finden die Bestimmungen über das Verhältniswahlverfahren Anwendung, andernfalls diejenigen über das Mehrheitswahlverfahren.

Art. 30 Temporäre Stellvertretung

¹ Ist ein Grossratsmitglied vorübergehend an der Einsitznahme im Grossen Rat verhindert, so kann eine Ersatzperson einsitzen. Die Bestimmungen über das Nachrücken gemäss Artikel 28 gelten sinngemäss.

² Die Stellvertretung ist möglichst frühzeitig dem zuständigen Regionalausschuss mitzuteilen, der seinerseits unverzüglich das Ratssekretariat informiert.

II.

1.

Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR [150.100](#) (Stand 1. Februar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1^{bis} (neu)

^{1bis} Vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften über die Verhältniswahl des Grossen Rates im Gesetz über die Wahl des Grossen Rates.

Art. 2 Abs. 2 (geändert)

² Regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über ~~den die Wahl des~~ Grossen ~~Rat~~Rates sowie die Wahlen der Mitglieder der Regionalgerichte.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die Grossrats- und Regionalgerichtswahlen werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. ~~Die Regionen können für die Grossratswahlen auch die Stimmabgabe an der Landsgemeinde vorsehen.~~

Art. 36 Abs. 3 (geändert)

³ Die Regionalausschüsse melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich ~~telefonisch~~ **elektronisch** und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates.

2.

Der Erlass "Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)" BR [170.100](#) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 1

Aufgehoben

Art. 2

Aufgehoben

Art. 3

Aufgehoben

Art. 4

Aufgehoben

Art. 5

Aufgehoben

Anhänge

Anhang 1: Art. 1 Abs. 2 (**aufgehoben**)

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Es tritt nur in Kraft, wenn die Teilrevision der Kantonsverfassung vom ... angenommen worden ist.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Anhang 1: Wahlkreiseinteilung und Zuordnung der Gemeinden oder von Teilgebieten derselben zu den Wahlkreisen (Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2)

(Stand 1. Januar 2021)

Die Gemeinden oder Teilgebiete derselben sind wie folgt den Wahlkreisen zugeordnet¹:

Wahlkreis	Gemeinden/Teilgebiete
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten (GR)
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil/Brigels	Breil/Brigels
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Santa Maria in Calanca
Chur	Chur
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos I	Fraktion Dorf
Davos II	Fraktion Platz
Davos III	Fraktionen Glaris, Monstein, Wiesen
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils im Domleschg
Fünf Dörfer	Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz I	Ilanz/Glion, Obersaxen Mundaun
Ilanz II	Falera, Laax, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters im Prättigau, Küblis

¹ Der Stand und die Bezeichnungen der Gemeinden werden jährlich den Gemeindezusammenschlüssen entsprechend formlos angepasst.

Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin I	Celerina/Schlarigna, Sils im Engadin/Segl, Silvaplana, St. Moritz
Oberengadin II	Bever, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, S-chanf, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns I	Domat/Ems
Rhäzüns II	Bonaduz, Rhäzüns
Rheinwald/Avers	Avers, Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo (GR), San Vittore
Saffien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis im Prättigau
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

Constituziun dal chantun Grischun

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	110.100
Aboli:	–

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la Constituziun chantunala,
sunter avair gì invista da la missiva da la Regenza dals 24 d'avust 2020,

concluda:

I.

Il relasch "Constituziun dal chantun Grischun" DG [110.100](#) (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 27 al. 2 (midà), al. 3 (midà)

² L'elecziun succeda tenor la procedura electorala da maiorz, **en circuls electorals cun ina gronda populaziun tenor la procedura electorala da proporz. Ils detagls vegnan reglads en la lescha.**

³ ~~H-La divisiun dal chantun è divida en maximalmain 39 circuls electorals. La- vegn reglada en la lescha-regla, a tge circul electoral che las vischnancas appartegnan, seo er las consequenzas da fusiuns da vischnancas per il dumber dals circuls electorals.~~

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum obligatoric.

La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Lescha davart l'elecziun dal Cussegl grond (LECG)

Dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov: ???.???

Midà: 150.100 | 170.100

Aboli: –

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 27 al. 2 ed al. 3 sco er sin l'art. 31 al. 1 da la Constituziun chantunala,

sunter avair gi invista da la missiva da la Regenza dals 24 d'avust 2020,

concluda:

I.

1. Disposiziuns generalas

Art. 1 Object, champ d'applicaziun

¹ Questa lescha regla:

- a) la divisiun dal chantun en circuls electorals e l'attribuziun da las vischnancas u da parts da vischnancas als circuls electorals en l'agiunta;
- b) la procedura per reparter ils sezs dal Cussegl grond sin ils circuls electorals;
- c) la procedura per eleger il Cussegl grond tenor la procedura electorala da proporz (circuls electorals cun proporz);
- d) la substituziun en ils circuls electorals cun maiorz e cun proporz.

² La procedura per eleger il Cussegl grond tenor la procedura electorala da maiorz (circuls electorals cun maiorz) sa drizza tenor la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun.

³ Uschenavant che questa lescha na fixescha nagut auter, valan la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun conform al senn per la realisaziun da las elecziuns e las disposiziuns da la Lescha federala davart ils dretgs politics conform al senn per dumondas dal dretg electoral da proporz.

Art. 2 Divisiun dals circuls electorals

¹ Per eleger il Cussegl grond è il chantun Grischun dividi en ils circuls electorals tenor l'agiunta.

² L'attribuziun da las vischnancas u da parts da vischnancas als circuls electorals è reglada en l'agiunta.

³ A tge circul electoral che vischnancas che fusiuneschan appartegnan, sto vegnir reglà en la cunvegna da fusiun. Sche motivs relevants s'opponan a questa regulaziun u sche las vischnancas na chattan betg in'enclegientscha, decida la Regenza definitivamain. Sche dapli ch'ina regiun è pertutgada, ston l'emprim vegnir consultadas questas regiuns.

Art. 3 Basa da la repartiziun dals sezs

¹ Per reparter ils sezs dal Cussegl grond sin ils circuls electorals è decisiva la populaziun svizra permanenta dals circuls electorals sin basa da la statistica federala da la populaziun e da las chasadas (STATPOP) che vegn mintgamai publicgada l'onn avant las elecziuns.

Art. 4 Procedura da repartiziun

¹ Ils 120 sezs dal Cussegl grond vegnan repartids sin ils circuls electorals tenor la suandanta procedura:

a) Repartiziun anticipada:

1. Il dumber da la populaziun svizra dal chantun vegn dividi tras 120. La proxima cifra entira sur quest resultat furma l'emprima cifra da repartiziun. Mintga circul electoral cun in dumber da la populaziun pli pitschen che questa cifra survegn in sez e na vegn betg pli en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
2. Il dumber da la populaziun svizra dals circuls electorals restants vegn dividi tras il dumber da sezs anc betg attribuids. La proxima cifra entira sur quest resultat furma la segunda cifra da repartiziun. Mintga circul electoral cun in dumber da la populaziun pli pitschen che questa cifra survegn in sez e na vegn betg pli en consideraziun per l'ulteriura repartiziun.
3. Questa procedura vegn repetida, fin ch'ils circuls electorals restants cuntanschan l'ultima cifra da repartiziun.

-
- b) Repartiziun principala: Mintga circul electoral restant survegn tants sezs, sco quai che l'ultima cifra da repartiziun è cuntegnida en ses dumber da la populaziun.
- c) Repartiziun restanta: Ils sezs restants vegnan repartids sin quels circuls electorals che han las cifras restantas las pli grondas. Sche plirs circuls electorals cuntanschan la medema cifra restanta, vegnan els eliminads tenor la successiun dals rests ils pli pitschens che resultan suenter la divisiun da lur dumber da la populaziun tras l'emprima cifra da repartiziun. Sche er quests rests en eguals, decida la sort.

Art. 5 Comunicaziun

¹ Avant las elecziuns publitgescha la Regenza mintgamai en il Fegl uffizial chantunal il dumber da deputadas e deputads ch'èn d'eleger en mintga circul electoral.

Art. 6 Substituziun

¹ Mintga circul electoral cun maiorz elegia tantas suppleantas e tants suppleants, sco quai ch'el ha d'eleger deputadas e deputads, sin il pli dentant tschintg.

² En ils circuls electorals cun proporz sa drizza la substituziun tenor las disposiziuns da la procedura electorala da proporz.

Art. 7 Recurs electorals

¹ Sch'i vegn inoltrà in recurs a la Chanzlia chantunala, suttametta il Secretariat dal Cussegl grond quel immediatamain a la presidenta u al president dal biro electoral per la consultaziun, ordinescha – sche necessari – ulteriuras retschertgas e suttametta las actas a la Cumissiun per giustia e segirezza.

² En sia emprima sesida suttametta quella ina proposta da decisiun motivada al Cussegl grond.

³ Las deputadas ed ils deputads contestads dastgan far part da las sesidas, fin che las chaussas da recurs èn liquidadas tras il Cussegl grond. Per il tractament ston ellas ed els prender recusaziun.

2. Preparaziun da las elecziuns

Art. 8 Invit

¹ Fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun publitgescha la cumissiun regiunala cumpetenta per il circul electoral en la moda usitada al lieu l'invit d'inoltrar propostas electorals, inditgond il post ed il termin d'inoltraziun.

Art. 9 Propostas electoralas

1. cuntegn

¹ Ina proposta electorala dastga cuntegnair maximalmain tants nums da personas elegiblas sco quai ch'i èn d'eleger deputadas e deputads en il circol electoral, e nagins nums dapli che duas giadas. Sch'ina proposta electorala cuntegna dapli nums, vegnan stritgads ils ultims nums.

² Las propostas electoralas ston inditgar per mintga persuna proponida:

- a) il num ed il prenum uffizial;
- b) il num, sut il qual la persuna è enconuschenta sin plaun politic u en il mintgadi;
- c) la schlattaina;
- d) la data da naschientscha;
- e) l'adressa da domicil;
- f) la professiun.

³ Mintga persuna proponida sto confermar en scrit ch'ella acceptia la proposta electorala. Sche questa conferma manca, vegn stritgà ses num.

Art. 10 2. designaziun

¹ Mintga proposta electorala sto avoir ina designaziun ch'è adattada per la differenziar dad autras propostas electoralas.

Art. 11 3. suttascripziun

¹ Mintga proposta electorala sto vegnir suttascritta a maun, e quai da diesch personas cun dretg da votar che abitan en il circol electoral.

² Ina persuna cun dretg da votar na dastga betg suttascriver dapli ch'ina proposta electorala. Suentar l'inoltraziun da la proposta na po la suttascripziun betg pli vegnir retratga.

³ Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders ston designar ina persuna sco represchentanta u represchentant da la proposta electorala ed ina persuna sco sia substituziun. Sch'i vegn desistì da quai, vala l'emprima sutsegnadra u l'emprim sutsegnader sco represchentanta u represchentant e la segunda sutsegnadra u il segund sutsegnader sco substituziun.

Art. 12 4. inoltraziun

¹ Las propostas electoralas ston arrivar tar la cumissiun regiunala competenta per il circol electoral fin il pli tard il 9avel glindesdi avant il di d'elecziun.

² Propostas electoralas inoltradas suenter quest termin na vegnan betg en consideraziun.

³ La cumissiun regiunala infurmescha immediatamain la Chanzlia chantunala davart las propostas electoralas inoltradas.

Art. 13 5. invista

¹ Las personas cun dretg da votar dal circul electoral pon prender invista da las propostas electorales e dals nums da las sutsegnadras e dals sutsegnaders tar la cumissiun regiunala cumpetenta.

Art. 14 6. rectificaziun

a) personas proponidas pliras giadas

¹ Sch'il num d'ina persona proponida figurescha sin pliras propostas electorales d'in circul electoral, al stritga la cumissiun regiunala cumpetenta immediatamain da tut questas propostas electorales.

² La Chanzlia chantunala stritga immediatamain quellas personas proponidas che figureschan sin propostas electorales da plirs circuls electorals. Ella communitgescha immediatamain sias stritgadas a las cumissiuns regiunals dals circuls electorals pertutgads.

Art. 15 b) rectificaziun e propostas da substituziun

¹ La cumissiun regiunala cumpetenta controllescha cuntinuadamain che las propostas electorales inoltradas adempleschian las pretensiuns formalas, che las candidatas ed ils candidats sajan elegibels, ch'i n'haja naginas candidaturas multiplas e che las suttascripziuns sajan valaivlas.

² En cas da mancanzas vegn fixà immediatamain in curt termin, per che la represchentanza da la proposta electorala possia eliminar quellas.

³ Personas che vegnan proponidas sco substituziun da personas stritgadas uffizialmain, ston confermar en scrit ch'ellas acceptian la proposta electorala.

⁴ Sch'ina mancanza na vegn betg eliminada entaifer il termin fixà, è la proposta electorala nunvalaivla. Sche la mancanza concerna mo ina persona proponida, vegn stritgà sulettamain ses num.

⁵ Sunter il 8avel glindesdi avant il di d'elecziun na pon las propostas electorales betg pli vegnir midadas. Resalvada resta l'annulaziun uffiziala da candidaturas multiplas constatadas posteriuramain.

Art. 16 Glistas

¹ Las propostas electorales rectificadas sa numnan glistas. Colliaziuns da glistas èn exclusas.

² La cumissiun regiunala cumpetenta publitgescha uschè baud sco pussaivel las glistas definitivas cun lur designaziuns e cun numers d'ordinaziun arabs en la moda usitada al lieu.

³ La successiun dals numers d'ordinaziun da las glistas resulta da la successiun, en la quala las propostas electorales èn vegnidas inoltradas.

⁴ Sche pliras glistas electoralas vegnan inoltradas il medem di, decida la sort davart il numer d'ordinaziun. Trair la sort è chaussa da la cumissiun regiunala cumpetenta. Las represchentantas ed ils represchentants da las propostas electoralas dastgan esser preschents, cur ch'i vegn tratg la sort.

Art. 17 Cedels electorals, mussavia electoral

¹ La cumissiun regiunala cumpetenta per il circul electoral prepara per tut las glistas cedels electorals, sin ils quals èn prestampads la designaziun da la glista, il numer d'ordinaziun sco er las indicaziuns davart las candidatas ed ils candidats (num e prenum, annada, designaziun da la professiun sco er lieu da domicil), e plinavant in cedel electoral betg prestampà.

² Avant mintga elecziun elavura la cumissiun regiunala cumpetenta in curt mussavia electoral che vegn consegnà a las persunas cun dretg da votar ensemen cun ils cedels electorals.

3. Act electoral

Art. 18 Exequir il dretg d'eleger

¹ Mintga persuna cun dretg d'eleger dispona da tantas vuschs sco quai ch'i èn d'eleger deputadas e deputads en ses circul electoral.

² Ella po dar sia vusch mo a persunas ch'èn vegnidas proponidas valaivlamain en ses circul electoral.

³ Per quest intent po ella far diever d'in cedel electoral uffizial prestampà u vid. Il cedel electoral sto vegnir emplenì e midà a maun.

Art. 19 Emplenir il cedel electoral

¹ Tgi che dovra il cedel electoral betg prestampà, po scriver si nums da persunas elegiblas sco er la designaziun d'ina glista e/u il numer d'ordinaziun d'ina glista.

² Tgi che dovra in cedel electoral prestampà, po stritgar nums da candidatas e candidats prestampads. Ella u el po scriver si nums da candidatas e candidats che figureschan sin autras glistas dal circul electoral (panaschar). Ella u el po ultra da quai stritgar il numer d'ordinaziun prestampà e la designaziun da la glista prestampada u remplazzar tras in auter numer respectivamain tras in'autra designaziun.

³ Il num d'ina medema candidata u d'in medem candidat dastga figurar maximalmain duas giadas sin il cedel electoral (cumular).

Art. 20 Cedels electorals nunvalaivels, vuschs da candidatas e candidats nunvalaivlas

¹ Cedels electorals èn nunvalaivels, sche:

-
- a) els n'èn betg uffizials;
 - b) els na cuntegnan betg in num d'ina candidata u d'in candidat dal circul electoral;
 - c) els èn emplenids u midads en autra moda che a maun;
 - d) els cuntegnan remartgas ingiuriosas u caracterisaziuns evidentas;
 - e) las prescripziuns decretadas en chaussa na vegnan betg observadas en cas da la votaziun per corrispondenza.

² Sco vuschs nunvalaivlas ston vegnir stritgads dal cedel electoral:

- a) nums da personas che na figureschan betg sin ina glista dal circul electoral;
- b) repetiziuns da memia, sch'il num d'ina candidata u d'in candidat figurescha dapli che duas giadas sin in cedel electoral.

³ Sch'in cedel electoral cuntegna dapli nums che quai ch'i èn avant maun sezs, vegnan stritgads ils ultims nums prestampads che n'èn betg cumulads a maun, e suenter ils ultims nums agiuntads a maun.

4. Eruida dals resultats

Art. 21 Vuschs da candidatas e candidats, vuschs da partida

¹ Las candidatas ed ils candidats che figureschan sin il cedel electoral survegnan mintgamai ina vusch da candidata u candidat.

² La summa da las vuschs da candidatas e candidats e da las vuschs supplementaras tenor l'artitgel 22 dat las vuschs da partida da mintga glista.

Art. 22 Vuschs supplementaras

¹ Sch'in cedel electoral cuntegna main vuschs da candidatas e candidats valaivlas che deputadas e deputads ch'èn d'eleger en il circul electoral, valan las lingias vidas sco vuschs supplementaras per la glista ch'è inditgada cun sia designaziun u cun ses numer d'ordinaziun sin il cedel electoral. Sche la designaziun u il numer d'ordinaziun manca ubain sch'il cedel electoral cuntegna dapli ch'ina designaziun da glista u dapli ch'in numer d'ordinaziun inoltrà, na valan las lingias vidas betg (vuschs vidas).

² Nums che na figureschan betg sin ina glista dal circul electoral, vegnan stritgads. Els vegnan dentant quintads sco vuschs supplementaras, sch'il cedel electoral cuntegna ina designaziun da la glista u in numer d'ordinaziun. Sch'ina designaziun da la glista ed in numer d'ordinaziun mancan, na quintan questas vuschs betg (vuschs vidas).

³ En cas d'ina cuntradicziun tranter la designaziun da la glista ed il numer d'ordinaziun vala la designaziun da la glista.

Art. 23 Cumpilaziun dals resultats

¹ Il biro electoral da mintga vischnanca sto eruir las suandantas valurs:

-
- a) il dumber da personas cun dretg d'eleger ed il dumber d'electuras ed electurs;
 - b) il dumber da cedels electorals valaivels, nunvalaivels e vids.

² Sin basa dals cedels electorals valaivels vegni erui:

- a) il dumber da vuschs che las singulas candidatas ed ils singuls candidats han survegni (vuschs da candidatas e candidats);
- b) il dumber da vuschs supplementaras da mintga glista;
- c) la summa da las vuschs da candidatas e candidats e da las vuschs supplementaras da mintga glista;
- d) il dumber da vuschs vidas.

³ Quests resultats ston vegnir transmess immediatamain sin via electronica a la cumissiun regionala cumpetenta.

Art. 24 Repartiziun dals sezs sin las glistas

1. repartiziun

¹ Il dumber da vuschs da partida valaivlas da tut las glistas vegn dividi tras il dumber da sezs ch'èn d'attribuir plus 1. La proxima cifra entira pli auta sa numna cifra da repartiziun.

² Alura vegnan attribuids a mintga glista tants sezs sco quai che la cifra da repartiziun è cuntegnida en ses dumber da vuschs da partida.

Art. 25 2. ulteriuras repartiziuns

¹ Sch'i n'èn anc betg repartids tut ils sezs, vegnan ils sezs restants attribuids separadamain in suenter l'auter tenor las suandantas reglas:

- a) il dumber da vuschs da mintga glista vegn dividi tras il dumber da sezs gia attribuids ad ella plus 1;
- b) il proxim sez vegn attribui a quella glista che ha il quozient il pli grond;
- c) sche pliras glistas han il medem dretg dal proxim sez, perquai ch'ellas han il medem quozient, vegn il proxim sez attribui a quella glista che ha survegni il rest il pli grond suenter la divisiun tenor l'artitgel 24 alinea 2;
- d) sch'igl ha anc adina pliras glistas che han il medem dretg, vegn il sez attribui a quella glista che ha il dumber da vuschs da partida il pli grond;
- e) sch'igl ha anc adina pliras glistas che han il medem dretg, vegn il sez attribui a quella glista, sin la quala la candidata u il candidat che vegn en dumonda per l'elecziun ha survegni las pli bleras vuschs;
- f) sche pliras talas candidatas u plirs tals candidats han survegni tuttina bleras vuschs, vegn tratga la sort.

² Questa procedura vegn repetida, fin che tut ils sezs èn attribuids.

Art. 26 Eruida da las personas elegidas sco er da las suppleantas e dals suppleants

¹ Da mintga glista èn elegids quellas candidatas e quels candidats che han survegni las pli bleras vuschs a norma dals sezs cuntanschids.

² Las candidatas ed ils candidats che n'en betg elegids èn suppleantas e suppleants en la successiun da las vuschs survegnidas.

³ En cas da paritad da las vuschs decida la sort davart la successiun.

Art. 27 Sezs supplementars

¹ Sch'i vegnan attribuids ad ina glista dapli sezs che quai ch'i figureschan candidatas e candidats sin la glista, ha lieu in'elecziun complementara tenor l'artigel 29 per ils sezs supplementars.

Art. 28 Remplazzament tras ina suppleanta u in suppleant

¹ Sch'insatgi refusa l'elecziun u sch'ina deputada u in deputà banduna il Cussegl grond avant la scadenza da la durada d'uffizi, declera la cumissiun regiunala cumpetenta l'emprima suppleanta u l'emprim suppleant sco elegi. Il conclus sto vegnir publitgà en la moda usitada al lieu.

² Sche la suppleanta u il suppleant na po u na vul betg surpigliar l'uffizi, vegn ella u el remplazzà tras la proxima persuna sin la glista.

Art. 29 Elecziun complementara

¹ Sch'in sez na po betg vegnir occupà tras in remplazzament, pon trais tschintgavels da las sutsegnadras e dals sutsegnaders da la proposta electorala (art. 11), sin la quala figurava la deputada partida u il deputà parti, suttametter ina proposta electorala.

² Sche la persuna proponida ademplescha las premissas d'elegibladad, la declera la cumissiun regiunala cumpetenta sco elegida. Il conclus sto vegnir publitgà en la moda usitada al lieu.

³ Sch'i na vegn betg fatg diever dal dretg da proponer candidatas e candidats, ha lieu in'elecziun dal pievel. Sch'i ston vegnir occupads plirs sezs, vegnan applitgadas las disposiziuns davart la procedura electorala da proporz, uschiglio quellas davart la procedura electorala da maiorz.

Art. 30 Substituziun temporara

¹ Sch'ina deputada u in deputà è impedì temporarmain da far part dal Cussegl grond, po ina suppleanta u in suppleant sa participar a las sesidas. Las disposiziuns davart il remplazzament tenor l'artigel 28 valan confurm al senn.

² La suppleanta u il suppleant sto vegnir communitgà uschè baud sco pussaivel a la cumissiun regiunala cumpetenta, che infurmescha da sia vart immediatmain il Secretariat dal Cussegl grond.

II.

1.

Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG [150.100](#) (versiun dals 01-02-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1^{bis} (nov)

^{1bis} Resalvadas restan las prescripziuns spezialas davart l'elecziun da proporz dal Cussegl grond en la Lescha davart l'elecziun dal Cussegl grond.

Art. 2 al. 2 (midà)

² Elecziuns regiunalas èn las elecziuns da las commembras e dals commembers dal ~~eussegl~~**Cussegl** grond en ils circuls electorals tenor la ~~lescha~~**Lescha** davart il ~~eussegl~~**l'elecziun dal Cussegl** grond sco er las elecziuns da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas.

Art. 8 al. 1 (midà)

¹ Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas sco er las elecziuns dal ~~eussegl~~**Cussegl** grond e da las dretgiras regiunalas han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna. ~~Per las elecziuns dal cussegl grond pon las regions er prevesair la votaziun al cumin u a la mastralia.~~

Art. 36 al. 3 (midà)

³ Las cumissiuns regiunalas communitgeschan immediatamain ~~per telefon sin via~~**electronica** ils resultats da las elecziuns da las commembras e dals commembers dal ~~eussegl~~**Cussegl** grond a la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala il di d'elecziun ed il di suenter er anc en scrit.

2.

Il relasch "Lescha davart il cussegl grond (LCG)" DG [170.100](#) (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 1

aboli

Art. 2

aboli

Art. 3

aboli

Art. 4

aboli

Art. 5

aboli

Agiuntas

Agiunta 1: Art. 1 al. 2 (**aboli**)

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ. Ella entra en vigur mo, sche la revisiun parziala da la Constituziun chantunala dals ... è vegnida acceptada.

La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Agiunta 1: Divisiun dals circuls electorals ed attribuziun da las vischnancas u da parts da vischnancas als circuls electorals (art. 2 al. 1 ed al. 2)

(Versiun dal 1. da schaner 2021)

Las vischnancas u parts da vischnancas èn attribuidas sco suonda als circuls electorals¹:

Circul electoral	Vischnancas / parts da vischnancas
Alvaschagn	Alvra, Vaz
Belfort	Lantsch, Schmitten
Bravuogn	Bravuogn Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil	Breil
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Cuira	Cuira
Churwalden	Churwalden, Tschiertschen-Praden
Tavau I	Fracziun Vitg
Tavau II	Fracziun Plaz
Tavau III	Fracziuns Glaris, Monstein, Wiesen
Cadi	Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Tumleastga	Farschno, Giuvaulta, Scharàns, Seglias, Tumleastga
Tschintg Vitgs	Landquart, Trimmis, Vaz Sut, Zizers
Foppa I	Glion, Sursaissa Mundaun
Foppa II	Falera, Laax, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Claustra	Claustra-Serneus
Küblis	Cunter en il Partenz, Küblis

¹ Il stadi e las designaziuns da las vischnancas vegnan adattads mintga onn nunformalmain conform a las fusiuns da vischnancas.

Lumnezia	Lumnezia, Val S. Pieder
Luzein	Luzein
Maiavilla	Fläsch, Jenins, Maiavilla, Malans
Mesauc	Lostallo, Mesauc, Soazza
Engiadin'Ota I	San Murezzan, Schlarigna, Segl, Silvaplauna
Engiadin'Ota II	Bever, La Punt-Chamues-ch, Madulain, Puntraschigna, Samedan, S-chanf, Zuoz
Puschlav	Puschlav
Ramosch	Samignun, Valsot
Razén I	Domat
Razén II	Panaduz, Razén
Valragn/Avras	Avras, Valragn, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo, San Vittore
Stussavgia	Val Stussavgia
Schons	Andeer, Casti-Vargistagn, Donat, Farera, Lon, Maton, Runtgaglia, Ziràn-Reschen
Scanvetg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Tusaun	Cazas, Flearda, Masagn, Tschappina, Tusaun, Urmagn
Trin	Favugn, Flem, Trin, Tumein
Val Müstair	Val Müstair

Costituzione del Cantone dei Grigioni

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	–
Modificato:	110.100
Abrogato:	–

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 24 agosto 2020,

decide:

I.

L'atto normativo "Costituzione del Cantone dei Grigioni" CSC [110.100](#) (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 27 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)

² L'elezione avviene secondo il sistema maggioritario, **mentre nei circondari elettorali molto popolosi avviene secondo il sistema proporzionale. La legge disciplina i dettagli.**

³ ~~Il Cantone è suddiviso in al massimo 39 circondari elettorali. La legge disciplina l'appartenenza dei comuni ai circondari elettorali, nonché le conseguenze di aggregazioni di comuni sul numero della suddivisione del Cantone in circondari elettorali.~~

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum obbligatorio.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Legge sull'elezione del Gran Consiglio (LEGC)

Del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	150.400
Modificato:	150.100 170.100
Abrogato:	—

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 27 cpv. 2 e cpv. 3 nonché l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 24 agosto 2020,

decide:

I.

1. Disposizioni generali

Art. 1 Oggetto, campo d'applicazione

¹ La legge disciplina:

- a) la suddivisione del Cantone in circondari elettorali e l'attribuzione dei comuni o di parti del territorio di comuni ai circondari elettorali stabiliti nell'allegato;
- b) la procedura di ripartizione dei seggi in Gran Consiglio tra i circondari elettorali;
- c) la procedura di elezione del Gran Consiglio secondo il sistema proporzionale (circondari elettorali a sistema proporzionale);
- d) le supplenze per i circondari a sistema maggioritario e per quelli a sistema proporzionale.

² La procedura di elezione del Gran Consiglio secondo il sistema maggioritario (circondari elettorali a sistema maggioritario) è regolata dalla legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni.

³ Per quanto la presente legge non disponga altrimenti, per lo svolgimento delle elezioni fa stato per analogia la legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni e per questioni riguardanti il sistema elettorale proporzionale fanno stato per analogia le disposizioni della legge federale sui diritti politici.

Art. 2 Suddivisione in circondari elettorali

¹ Per l'elezione del Gran Consiglio il Cantone dei Grigioni è suddiviso nei circondari elettorali secondo l'allegato.

² L'attribuzione dei comuni o di parti del territorio di questi ultimi ai circondari elettorali è disciplinata nell'allegato.

³ L'appartenenza al circondario elettorale di comuni in fase di aggregazione deve essere disciplinata nell'accordo di aggregazione. Se a questa regolamentazione si oppongono motivi gravi oppure i comuni non riescono a trovare un'intesa, decide il Governo in via definitiva. Se ne è interessata più di una regione, esse vanno previamente sentite.

Art. 3 Base per la ripartizione dei seggi

¹ Per la ripartizione dei seggi in Gran Consiglio tra i circondari elettorali è determinante la popolazione svizzera residente permanente dei circondari elettorali in base alla statistica federale della popolazione e delle economie domestiche (STATPOP), la quale viene pubblicata ogni volta nell'anno che precede le elezioni.

Art. 4 Metodo di ripartizione

¹ I 120 seggi del Gran Consiglio sono ripartiti tra i circondari elettorali nel modo seguente:

a) Ripartizione preliminare:

1. Il totale della popolazione svizzera residente è diviso per 120. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la ripartizione preliminare. Ogni circondario elettorale la cui popolazione è inferiore a questo quoziente ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
2. Il totale della popolazione svizzera residente dei rimanenti circondari elettorali è diviso per il numero dei seggi non ancora attribuiti. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è quello determinante per la seconda ripartizione. Ogni circondario elettorale la cui popolazione è inferiore a questo quoziente ottiene un seggio ed è escluso dalla ripartizione successiva.
3. L'operazione viene ripetuta fino a quando i circondari elettorali rimanenti raggiungono l'ultimo quoziente di ripartizione.

-
- b) Ripartizione principale: ogni circondario elettorale rimanente ottiene tanti seggi quante volte l'ammontare della sua popolazione contiene l'ultimo quoziente.
 - c) Ripartizione completiva: i seggi rimanenti sono ripartiti tra i circondari elettorali che ottengono i resti maggiori. Se più circondari elettorali ottengono resti uguali, sono dapprima esclusi quelli che hanno ottenuto i resti minori dalla divisione della loro popolazione per il primo quoziente determinante. Se vi è ancora parità si procede a sorteggio.

Art. 5 Pubblicazione

¹ Prima delle elezioni il Governo pubblica nel Foglio ufficiale cantonale il numero dei deputati da eleggere in ogni circondario elettorale.

Art. 6 Supplenza

¹ Ogni circondario elettorale a sistema maggioritario elegge un numero di supplenti uguale a quello dei suoi deputati, ma al massimo cinque supplenti.

² Nei circondari a sistema proporzionale la supplenza si conforma alle disposizioni relative al sistema proporzionale.

Art. 7 Ricorsi contro elezioni

¹ La Segreteria del Gran Consiglio sottopone immediatamente al presidente dell'ufficio elettorale per parere il ricorso pervenuto alla Cancelleria dello Stato, ordina se necessario ulteriori accertamenti e presenta gli atti alla Commissione di giustizia e sicurezza.

² Questa presenta al Gran Consiglio, in occasione della sua prima seduta, una proposta di decisione motivata.

³ I deputati, la cui nomina è contestata, possono prendere parte alle sedute fino all'evasione del ricorso da parte del Gran Consiglio. Al momento della trattazione essi sono tenuti a ricusarsi.

2. Preparazione delle elezioni

Art. 8 Invito

¹ Il comitato regionale competente per il circondario elettorale pubblica l'invito all'inoltro di proposte di candidatura nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo entro il quattordicesimo lunedì precedente il giorno dell'elezione, indicando il luogo e la data dell'inoltro.

Art. 9 Proposte di candidatura**1. Contenuto**

¹ Una proposta di candidatura può contenere al massimo un numero di nomi di persone eleggibili pari al numero di seggi da assegnare nel circondario elettorale e non può contenere lo stesso nome più di due volte. Se una proposta di candidatura contiene un numero di nomi maggiore, gli ultimi sono stralciati.

² Le proposte di candidatura devono indicare per ogni persona proposta:

- a) il cognome e il nome ufficiali;
- b) il cognome e il nome con i quali la persona è politicamente o comunemente conosciuta;
- c) il sesso;
- d) la data di nascita;
- e) l'indirizzo;
- f) la professione.

³ Ogni persona proposta deve dichiarare per iscritto che accetta la proposta di candidatura. Se tale dichiarazione manca, il suo nome è stralciato.

Art. 10 2. Denominazione

¹ Ogni proposta di candidatura deve recare una denominazione che la distingua dalle altre.

Art. 11 3. Sottoscrizione

¹ Ogni proposta di candidatura deve essere firmata di proprio pugno da dieci aventi diritto di voto domiciliati nel circondario elettorale.

² Una persona avente diritto di voto non è autorizzata a firmare più di una proposta di candidatura. Una volta presentata la proposta di candidatura, la firma non può più essere ritirata.

³ I firmatari devono designare una persona quale rappresentante della persona proposta e una quale suo supplente. Se vi rinunciano, il primo firmatario è considerato il rappresentante, il secondo il suo supplente.

Art. 12 4. Inoltro

¹ Le proposte di candidatura devono pervenire al comitato regionale competente per il circondario elettorale entro il nono lunedì precedente il giorno dell'elezione.

² Le proposte di candidatura presentate dopo questo termine non entrano in considerazione.

³ Il comitato regionale informa immediatamente la Cancelleria dello Stato riguardo alle proposte di candidatura inoltrate.

Art. 13 5. Consultazione

¹ Gli aventi diritto di voto del circondario elettorale possono prendere visione delle proposte di candidatura e dei nomi dei firmatari presso il comitato regionale competente.

Art. 14 6. Rettifica

a) Persone proposte il cui nome figura su più di una proposta di candidatura

¹ Se il nome di una persona proposta figura su più di una proposta di candidatura di un circondario elettorale, il comitato regionale competente lo stralcia immediatamente da tutte le proposte di candidatura.

² La Cancelleria dello Stato stralcia immediatamente quelle persone proposte il cui nome figura su proposte di candidatura provenienti da diversi circondari elettorali. Essa notifica senza indugio gli stralci ai comitati regionali dei circondari elettorali interessati.

Art. 15 b) Rettifica e proposte sostitutive

¹ Il comitato regionale competente verifica progressivamente le proposte di candidatura pervenute riguardo ai requisiti formali, all'eleggibilità dei candidati, a candidature plurime e alla validità delle firme.

² In caso di vizi, al rappresentante della proposta di candidatura viene fissato immediatamente un breve termine per l'eliminazione degli stessi.

³ Le persone che vengono proposte quali sostituti per persone stralciate d'ufficio devono confermare per iscritto che accettano la proposta di candidatura.

⁴ Se un vizio non viene eliminato entro il termine fissato, la proposta di candidatura è nulla. Se il vizio concerne una sola persona proposta, viene cancellato soltanto il nome di questa persona.

⁵ Dopo l'ottavo lunedì precedente la data dell'elezione le proposte di candidatura non possono più essere mutate. È fatto salvo l'annullamento ufficiale di candidature plurime scoperte successivamente.

Art. 16 Liste

¹ Le proposte di candidatura definitivamente stabilite prendono il nome di liste. Le congiunzioni di liste sono escluse.

² Il comitato regionale competente pubblica il prima possibile le liste definitive con la loro denominazione e il loro numero progressivo in cifra araba.

³ Per l'assegnazione del numero progressivo alle liste fa stato la data di ricezione delle proposte di candidatura.

⁴ In caso di più proposte di candidatura pervenute lo stesso giorno, la numerazione viene determinata tramite sorteggio. Il sorteggio spetta al comitato regionale competente. I rappresentanti delle proposte di candidatura possono assistere al sorteggio.

Art. 17 Scheda elettorale, guida elettorale

¹ Per tutte le liste, il comitato regionale competente per il circondario elettorale allestisce schede elettorali in cui sono prestampati la denominazione della lista, il numero progressivo e i dati personali dei candidati (cognome e nome, anno di nascita, professione e indirizzo), come anche una scheda non prestampata.

² Prima di ogni elezione il comitato regionale competente allestisce una breve guida elettorale da consegnare agli aventi diritto di voto assieme alle schede elettorali.

3. Operazione elettorale

Art. 18 Esercizio del diritto di voto

¹ Ogni persona avente diritto di voto dispone di un numero di voti pari al numero di membri del Gran Consiglio da eleggere nel proprio circondario elettorale.

² Essa può dare il proprio voto soltanto a persone il cui nome figura su proposte di candidature valide nel proprio circondario elettorale.

³ A tale scopo può utilizzare una scheda elettorale prestampata ufficiale o una scheda bianca ufficiale. Le schede devono essere compilate e modificate a mano.

Art. 19 Compilazione della scheda elettorale

¹ L'elettore che usa la scheda non prestampata può inserirvi i nomi di persone eleggibili e indicarvi la denominazione e/o il numero progressivo di una lista.

² L'elettore che usa una scheda elettorale prestampata può stralciare i nomi prestampati di candidati. Egli può iscrivervi i nomi di candidati che figurano su altre liste del circondario elettorale (panachage). Può inoltre cancellare o sostituire i numeri progressivi e le denominazioni di lista prestampati.

³ Il nome dello stesso candidato può essere indicato al massimo due volte (cumulazione).

Art. 20 Schede nulle e voti nulli

¹ Le schede sono nulle se:

- a) non sono quelle ufficiali;
- b) non contengono alcun nome di candidati del circondario elettorale;
- c) sono compilate o modificate non a mano;
- d) contengono espressioni ingiuriose o contrassegni manifesti;
- e) in caso di voto per corrispondenza non sono state rispettate le prescrizioni in materia.

² Dalla scheda elettorale devono essere stralciati quali voti nulli:

- a) i nomi di persone che non figurano su alcuna lista del circondario elettorale;
- b) i voti in soprannumero, se il nome di un candidato viene indicato più di due volte.

³ Se la scheda elettorale contiene più nomi di quanti sono i seggi da assegnare, sono stralciati gli ultimi nomi prestampati e non cumulati a mano, e in seguito gli ultimi nomi aggiunti a mano.

4. Rilevamento dei risultati

Art. 21 Voti personali e voti di partito

¹ Ognuno dei candidati figuranti su una scheda elettorale riceve un voto personale.

² La somma dei voti personali e dei voti di complemento secondo l'articolo 22 corrisponde al numero di voti di partito di ciascuna lista.

Art. 22 Voti di complemento

¹ Se una scheda elettorale contiene un numero di voti personali validi inferiore al numero di membri del Gran Consiglio da eleggere nel circondario elettorale, le righe lasciate in bianco valgono quali voti di complemento per la lista la cui denominazione o il cui numero progressivo è indicato sulla scheda elettorale. Se manca una tale denominazione o un tale numero progressivo o se è indicata più di una delle denominazioni o dei numeri progressivi depositati, le righe lasciate in bianco non contano (voti in bianco).

² I nomi che non figurano su alcuna lista del circondario elettorale sono stralciati. Essi sono considerati tuttavia come voti di complemento se la scheda elettorale reca una denominazione di lista o un numero progressivo. Se manca una tale denominazione o un tale numero progressivo, questi voti non contano (voti in bianco).

³ Se vi è contraddizione tra la denominazione e il numero progressivo fa stato la denominazione della lista.

Art. 23 Compilazione dei risultati

¹ L'ufficio elettorale di ogni comune deve determinare i seguenti valori:

- a) il numero degli aventi diritto di voto e degli elettori;
- b) il numero delle schede elettorali valide, nulle e vuote.

² Sulla base delle schede elettorali valide vengono determinati:

- a) il numero di voti ottenuti dai singoli candidati (voti personali);
- b) il numero dei voti di complemento di ogni lista;
- c) la somma dei voti personali e di complemento di ogni lista;
- d) il numero dei voti in bianco.

³ Questi risultati devono essere trasmessi immediatamente per via elettronica al comitato regionale.

Art. 24 Ripartizione dei seggi tra le liste

1. Ripartizione

¹ Il numero dei voti di partito validi di tutte le liste viene diviso per il numero dei seggi da assegnare aumentato di uno. Il quoziente arrotondato all'intero immediatamente superiore è detto quoziente di ripartizione.

² In seguito, a ogni lista vengono assegnati tanti seggi quante volte il quoziente di ripartizione è contenuto nel numero di voti di partito ottenuti.

Art. 25 2. Ulteriori ripartizioni

¹ I seggi rimanenti dopo la prima ripartizione sono attribuiti singolarmente e successivamente secondo la procedura seguente:

- a) il numero di voti di ciascuna lista è diviso per il numero dei seggi che le sono già stati assegnati, aumentato di uno;
- b) la lista che consegue il maggiore quoziente ottiene il seggio successivo;
- c) se più liste ottengono un quoziente uguale, il seggio successivo è assegnato alla lista che ha ottenuto il resto maggiore nella ripartizione secondo l'articolo 24 capoverso 2;
- d) se più liste hanno ancora uguale diritto, il seggio è attribuito alla lista che ha ottenuto il maggior numero di voti di partito;
- e) se più liste hanno ancora uguale diritto, il primo seggio restante è attribuito alla lista di cui il candidato in competizione ha ottenuto il maggiore numero di voti;
- f) se più candidati si trovano in questa situazione, si procede a sorteggio.

² L'operazione viene ripetuta fino a quando tutti i mandati sono stati assegnati.

Art. 26 Accertamento delle persone elette e dei sostituti

¹ Fra i candidati di una stessa lista sono eletti, nei limiti dei seggi ottenuti, coloro che hanno ottenuto il maggior numero di voti.

² I candidati non eletti subentreranno nell'ordine dei voti ottenuti.

³ In caso di parità di voti decide la sorte.

Art. 27 Seggi in soprannumero

¹ Se a una lista è assegnato un numero di seggi superiore a quello dei suoi candidati, per i seggi in soprannumero si procede a un'elezione complementare secondo l'articolo 29.

Art. 28 Subentro

¹ Se un candidato rifiuta la nomina o un membro del Gran Consiglio lascia la carica prima della scadenza del periodo di nomina, il comitato regionale competente proclama eletto il primo subentrante. La decisione deve essere pubblicata nelle forme usuali del luogo.

² Il subentrante che non può o non vuole accettare il mandato è surrogato da quello seguente.

Art. 29 Elezione complementare

¹ Se un seggio divenuto vacante non può essere assegnato mediante il subentro, tre quinti dei firmatari della proposta di candidatura (art. 11) su cui figurava il membro del Gran Consiglio da sostituire possono presentare una proposta di candidatura.

² Se la persona proposta soddisfa i requisiti di eleggibilità, il comitato regionale competente la proclama eletta. La decisione deve essere pubblicata nelle forme usuali del luogo.

³ Se non è fatto uso del diritto di proposta, si procede a un'elezione popolare. Se devono essere assegnati più seggi, si applicano le disposizioni relative al sistema proporzionale, altrimenti quelle sul sistema maggioritario.

Art. 30 Supplenza temporanea

¹ Se un membro del Gran Consiglio è temporaneamente impossibilitato a partecipare alle sedute del Gran Consiglio, vi può partecipare un supplente. Fanno stato per analogia le disposizioni relative al subentro secondo l'articolo 28.

² La supplenza deve essere comunicata il prima possibile al comitato regionale competente, il quale a sua volta informa immediatamente la Segreteria del Gran Consiglio.

II.

1.

L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC [150.100](#) (stato 1 febbraio 2016) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1^{bis} (nuovo)

^{1bis} Sono fatte salve le prescrizioni particolari concernenti l'elezione del Gran Consiglio secondo il sistema proporzionale contenute nella legge sull'elezione del Gran Consiglio.

Art. 2 cpv. 2 (modificato)

² Sono elezioni regionali le elezioni dei membri del Gran Consiglio nei circondari elettorali conformemente alla legge ~~sul~~ **sull'elezione del** Gran Consiglio; nonché le elezioni dei membri dei tribunali regionali.

Art. 8 cpv. 1 (modificato)

¹ Le elezioni e votazioni federali e cantonali; nonché le elezioni del Gran Consiglio e dei tribunali regionali hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne. Per le elezioni del Gran Consiglio, le regioni possono prevedere anche il voto per alzata di mano nell'assemblea popolare dei cittadini.

Art. 36 cpv. 3 (modificato)

³ Il giorno dell'elezione i comitati regionali comunicano immediatamente ~~per telefono~~ **in forma elettronica** alla Cancelleria dello Stato, ed il giorno seguente anche per iscritto, i risultati delle elezioni dei membri del Gran Consiglio.

2.

L'atto normativo "Legge sul Gran Consiglio (LGC)" CSC [170.100](#) (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 1

Abrogato

Art. 2

Abrogato

Art. 3

Abrogato

Art. 4

Abrogato

Art. 5

Abrogato

Allegati

Allegato 1: art. 1 cpv. 2 (**abrogato**)

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente legge è soggetta a referendum facoltativo. Essa entra in vigore soltanto quando la revisione parziale della Costituzione cantonale del ... sarà stata approvata. Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Allegato 1: Suddivisione in circondari elettorali e attribuzioni dei comuni o di parti del territorio di questi ultimi ai circondari elettorali (art. 2 cpv. 1 e cpv. 2)

(Stato 1° gennaio 2021)

I comuni o parti del territorio di questi ultimi sono attribuiti ai circondari elettorali come segue¹:

Circondario elettorale	Comuni/parti del territorio
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten (GR)
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Breil/Brigels	Breil/Brigels
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Coira	Coira
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos I	Frazione Dorf
Davos II	Frazione Platz
Davos III	Frazioni Glaris, Monstein, Wiesen
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils im Domleschg
Fünf Dörfer	Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz I	Ilanz/Glion, Obersaxen Mundaun
Ilanz II	Falera, Laax, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters im Prättigau, Küblis

¹ Lo stato e le designazioni dei comuni vengono adeguati ogni anno in modo informale in base alle aggregazioni di comuni avvenute.

Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Engadina Alta I	Celerina/Schlarigna, Sils im Engadin/Segl, Silvaplana, St. Moritz
Engadina Alta II	Bever, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, S-chanf, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo
Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns I	Domat/Ems
Rhäzüns II	Bonaduz, Rhäzüns
Rheinwald/Avers	Avers, Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo (GR), San Vittore
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis im Prättigau
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair

Auszug Geltendes Recht

Verfassung des Kantons Graubünden

Vom 14. September 2003 (Stand 1. Januar 2018)

Wir, das Volk des Kantons Graubünden,

im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott sowie gegenüber den Mitmenschen und der Natur,

im Bestreben, Freiheit, Frieden und Menschenwürde zu schützen, Demokratie und Rechtsstaat zu gewährleisten, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit zu fördern und eine gesunde Umwelt für die künftigen Generationen zu erhalten,

in der Absicht, die Dreisprachigkeit und kulturelle Vielfalt zu fördern

und als Teil des geschichtlichen Erbes zu bewahren,

geben uns folgende Verfassung¹⁾:

4. Behörden und Gerichte

4.2. DER GROSSE RAT

4.2.1. Organisation

Art. 27 Zusammensetzung und Wahl

¹ Der Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern.

² Die Wahl erfolgt nach dem Mehrheitswahlverfahren.

³ Der Kanton ist in höchstens 39 Wahlkreise eingeteilt. Das Gesetz regelt die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Wahlkreisen sowie die Auswirkungen von Gemeindezusammenschlüssen auf die Anzahl der Wahlkreise. *

⁴ Die Sitze werden entsprechend der schweizerischen Wohnbevölkerung auf die Wahlkreise verteilt.

⁵ Das Gesetz regelt die Stellvertretung.

¹⁾ B vom 15. Januar 2002, 479; GRP 2002/2003; 216 und 346 (1. Lesung) und 464 und 690 (2. Lesung); Gewährleistung vom 15. Juni 2004, BBL 2004, 3643

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005 (Stand 1. Februar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005³⁾,

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Das Gesetz regelt:

- a) * die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen und regionalen Angelegenheiten;
- b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
- c) * die Ausübung des Initiativrechts in Regions- und Gemeindeangelegenheiten.

² Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

³ Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

¹⁾ GRP 2005/2006, 144

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 2 Begriffe

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungs- und Ständeratswahlen. *

² Regionale Wahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates in den Wahlkreisen gemäss Gesetz über den Grossen Rat sowie die Wahlen der Mitglieder der Regionalgerichte. *

³ ... *

2. Wahlen und Abstimmungen

2.1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION

Art. 8 Abstimmungsort, -tag und -art

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die Grossrats- und Regionalgerichtswahlen werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. Die Regionen können für die Grossratswahlen auch die Stimmabgabe an der Landsgemeinde vorsehen. *

² Die Wahlen und Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag durchgeführt. *

2.5. ERMITTLUNG DES WAHL- UND ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Art. 36 Meldung der Ergebnisse

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich die Gemeindeergebnisse: *

- a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
- b) * bei Regionalgerichtswahlen dem Regionalgericht;
- c) * bei den Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und den Abstimmungen in regionalen Angelegenheiten dem Regionalausschuss.
- d) * ...

² Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 32 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

³ Die Regionalausschüsse melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates. *

⁴ Die Regionalgerichte melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Regionalgerichtswahlen. *

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 27 Abs. 5, 28 Abs. 3, 31, 32 Abs. 3 und 49 Abs. 2 der Kantonsverfassung²⁾,

nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

1. Wahl und Konstituierung

Art. 1 Grundlage der Verteilung

¹ Für die Verteilung der Grossratssitze auf die Wahlkreise ist massgebend die schweizerische Wohnbevölkerung der Wahlkreise aufgrund der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes, die jeweils im Jahr vor den Wahlen publiziert wird. *

² Die Zuordnung der Gemeinden zu den Wahlkreisen ist im Anhang geregelt. *

³ Die Zugehörigkeit zum Wahlkreis von sich zusammenschliessenden Gemeinden ist in der Fusionsvereinbarung zu regeln. Stehen wichtige Gründe dieser Regelung entgegen oder können sich die Gemeinden nicht einigen, entscheidet die Regierung endgültig. Ist mehr als eine Region betroffen, so sind diese vorgängig anzuhören. *

Art. 2 Verteilungsverfahren

¹ Die 120 Sitze des Grossen Rates werden auf die Wahlkreise nach folgendem Verfahren verteilt: *

a) Vorwegverteilung:

1. * Die schweizerische Wohnbevölkerung des Kantons wird durch 120 geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die erste Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.

¹⁾ GRP 2005/2006, 818

²⁾ BR [110.100](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2. * Die schweizerische Wohnbevölkerung der verbleibenden Wahlkreise wird durch die Zahl der noch nicht zugeteilten Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl über dem Ergebnis bildet die zweite Verteilungszahl. Jeder Wahlkreis, dessen Bevölkerung diese Zahl nicht erreicht, erhält einen Sitz; er scheidet für die weitere Verteilung aus.
 3. * Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die verbleibenden Wahlkreise die letzte Verteilungszahl erreichen.
- b) * Hauptverteilung: Jeder verbliebene Wahlkreis erhält so viele Sitze, als die letzte Verteilungszahl in seiner Bevölkerungszahl enthalten ist.
- c) * Restverteilung: Die restlichen Sitze werden auf die Wahlkreise mit den grössten Restzahlen verteilt. Erreichen mehrere Wahlkreise die gleiche Restzahl, so scheiden sie in der Reihenfolge der kleinsten Reste aus, die sich nach der Teilung ihrer Bevölkerungszahl durch die erste Verteilungszahl ergeben. Sind auch die Reste gleich, so entscheidet das Los.

Art. 3 Bekanntgabe

¹ Die Regierung gibt die Zahl der in jedem Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten jeweils vor den Wahlen im Kantonsamtsblatt bekannt. *

Art. 4 Stellvertreterinnen und Stellvertreter

¹ Jeder Wahlkreis wählt so viele Stellvertreterinnen und Stellvertreter, als er Abgeordnete zu wählen hat, höchstens jedoch zehn. *

Art. 5 Wahlbeschwerden

¹ Das Ratssekretariat unterbreitet eine bei der Standeskanzlei eingegangene Beschwerde unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros zur Vernehmlassung, ordnet, falls nötig, weitere Erhebungen an und legt die Akten der Kommission für Justiz und Sicherheit vor.

² Diese legt dem Grossen Rat in seiner ersten Sitzung einen begründeten Antrag zur Entscheidung vor.

³ Den beanstandeten Abgeordneten ist der Einsitz bis zur Erledigung der Beschwerdeangelegenheiten durch den Grossen Rat gestattet. Bei der Behandlung haben sie in Ausstand zu treten.

Anhang 1: Art. 1 Abs. 2

(Stand 1. Januar 2020)

Die Gemeinden sind wie folgt den Wahlkreisen zugeordnet¹:

Wahlkreis	Gemeinden
Alvaschein	Albula/Alvra, Vaz/Obervaz
Avers	Avers
Belfort	Lantsch/Lenz, Schmitten
Bergün	Bergün Filisur
Bregaglia	Bregaglia
Brusio	Brusio
Calanca	Buseno, Calanca, Castaneda, Rossa, Sta. Maria i.C.
Chur	Chur
Churwalden	Churwalden, Tschierschen-Praden
Davos	Davos
Disentis	Disentis/Mustér, Medel (Lucmagn), Sumvitg, Trun, Tujetsch
Domleschg	Domleschg, Fürstenau, Rothenbrunnen, Scharans, Sils i.D.
Fünf Dörfer	Haldenstein, Landquart, Trimmis, Untervaz, Zizers
Ilanz	Falera, Ilanz/Glion, Laax, Obersaxen Mundaun, Sagogn, Schluein
Jenaz	Fideris, Furna, Jenaz
Klosters	Klosters-Serneus
Küblis	Conters i.P., Küblis
Lumnezia/Lugnez	Lumnezia, Vals
Luzein	Luzein
Maienfeld	Fläsch, Jenins, Maienfeld, Malans
Mesocco	Lostallo, Mesocco, Soazza
Oberengadin	Bever, Celerina/Schlarigna, Madulain, Pontresina, La Punt-Chamues-ch, Samedan, St. Moritz, S-chanf, Sils i.E./Segl, Silvaplana, Zuoz
Poschiavo	Poschiavo

¹ Der Stand und die Bezeichnungen der Gemeinden werden jährlich den Gemeindezusammenstellungen entsprechend formlos angepasst.

Ramosch	Samnaun, Valsot
Rhäzüns	Bonaduz, Domat/Ems, Rhäzüns
Rheinwald	Rheinwald, Sufers
Roveredo	Cama, Grono, Roveredo, San Vittore
Ruis	Breil/Brigels
Safien	Safiental
Schams	Andeer, Casti-Wergenstein, Donat, Ferrera, Lohn, Mathon, Rongellen, Zillis-Reischen
Schanfigg	Arosa
Schiers	Grüsch, Schiers
Seewis	Seewis
Suot Tasna	Scuol
Sur Tasna	Zernez
Surses	Surses
Thusis	Cazis, Flerden, Masein, Thusis, Tschappina, Urmein
Trins	Felsberg, Flims, Tamins, Trin
Val Müstair	Val Müstair